

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.14/15 - 65. Jahrgang

11. Juli 2015

## Was hilft Griechenland?

**Nachhaltige Lösungen sind kaum erkennbar. In der Fülle von aktuellen Informationen, Zeitungskampagnen, aufgeregter Gipfel-Berichtserstattung und scheinbarer Skandale sind die eigentlichen Konfliktlinien in der Griechenlandkrise nur noch schwer auszumachen. Auch die griechische Regierung hat bislang nicht wirklich dazu beigetragen, ihr Konzept in Europa erkennbar zu machen.**

Letztlich müssen die europäischen Länder und Griechenland zwischen zwei unterschiedlichen Wirtschaftsprogrammen entscheiden. So setzen die Mehrzahl der europäischen Länder und Bundeskanzlerin Merkel darauf, die griechische Wirtschaftskrise auf der Angebotsseite mit weiter gesenkten Kosten in den Griff zu bekommen. Dazu hat die griechische Bevölkerung beim Referendum nun deutlich Nein gesagt.

Eine Bewältigung der Krise auf der Nachfrageseite ist in den letzten Tagen noch einmal deutlich schwieriger geworden. Die Schließung der Banken und die Drosselung der Geldausgabe an Automaten lassen die Nachfrage derzeit fast völlig zusammenbrechen mit der Gefahr weiterer Pleiten.

Gläubiger und „Institutionen“ fordern von Griechenland Reformen. Aus den zwei Konzepten leiten sich jedoch unterschiedliche Reformen ab. So muss es nicht um weitere Kürzungen gehen, sondern um die Eindämmung von Kapitalflucht und die Schaffung effektiver Verwaltungsstrukturen. Solche Reformen im Interesse Griechenlands kommen letztlich auch wieder den Gläubigern zugute. **uh □**

Die Berliner SPD hat auf ihrem Juni-Parteitag den Antrag „Europa neu begründen – politische Wende in Griechenland für eine nachhaltige Bewältigung der Euro-Finanzkrise nutzen“ beschlossen. **Mehr auf Seite 11**

Finanzen:

## Konsolidieren und investieren

Senat beschließt Entwurf des Doppelhaushalts 2016/2017

**Zum zweiten Mal hintereinander legt der Senat einen Haushaltsentwurf vor, der ohne neue Kredite auskommt. Die Konsolidierung des Haushalts werde fortgesetzt, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, gleichzeitig seien „Investitionen in alle zentralen Bereiche der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur Berlins“ geplant.**

Der Haushalt berücksichtigt den Status Berlins als Konsolidierungsland, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Gleichzeitig trage er den enormen Herausforderungen durch die wachsende Stadt Rechnung. Nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung wird Berlins Bevölkerung in den kommenden 15 Jahren um mehr als 10 Prozent wachsen, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung richtet sich intern auf einen Zuwachs von 400.000 Berlinerinnen und Berlinern ein. Die bisherige Wachstumsprognose von 250.000 Menschen werde, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, bereits 2019/2020 erreicht. Damit steht die Stadt vor erheblichen Herausforderungen, was



Der Senat setzt weiter auf Konsolidierung des Haushalts, will aber auch für die notwendigen Investitionen sorgen. Foto: Horb

Schulen und Kitas, Wohnungsmarkt, öffentlichen Nahverkehr oder auch die personelle Besetzung in der Verwaltung und den Bürgerämtern betrifft. Es kommen vor allem Jüngere: Im Jahr 2030 wird die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner unter 43 Jahre alt sein, so die Bertelsmann-Studie. Bislang verläuft die Trennlinie bei 45,3 Jahren. **weiter auf Seite 3**

## Schutz vor sozialem Abstieg

Soziales Berlin, sicheres Berlin: SPD setzt Programmdebatte fort

**„Wir verstärken den Schutz der Berlinerinnen und Berliner vor sozialem Abstieg.“ Diese Botschaft fand beim 2. Programmforum der Berliner SPD zum Thema „Soziales Berlin, sicheres Berlin“ am Mittwochabend die meiste Zustimmung.**

Der enge Zusammenhang der Themen soziale und innere Sicherheit sei auf der Konferenz deutlich geworden, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Er sprach sich für eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern aus.

Gut 150 Mitglieder diskutierten über die Sicherheit im öffentlichen Raum, über soziale Infrastruktur in der wachsenden Stadt und eine bürgernahe und leistungsstarke öffentliche Verwaltung. Niedersachsens Innenmi-

nister Boris Pistorius wandte sich in seinem Statement gegen eine ideologische Sichtweise in der Sicherheitspolitik. Sicherheit sei ein

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

WIR WÜNSCHEN IHNEN ANGENEHME SOMMERTAGE. DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT AM 29. AUGUST 2015. IHRE REDAKTION

wesentlicher Teil von Freiheit, so Pistorius. In der öffentlichen Debatte gebe es auf der einen Seite die, die härtere Strafen und alles an Rechten für die Polizei fordern, auf der anderen Seite gebe es die, die alles ablehnen. Dazwischen müsse sozialdemokratische Sicherheitspolitik definiert werden. **weiter S.7**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa

## Startschuss für Europäischen Investitionsfonds

**Neue Arbeitsplätze zu schaffen, Investitionen und Wachstum zu fördern: Diese Ziele hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Amtsübernahme zu seiner Priorität Nr. 1 gemacht. Denn die Europäische Union benötigt dringend wirtschaftliche Impulse: In vielen Mitgliedstaaten herrscht hohe Arbeitslosigkeit und das vor allem unter jungen Menschen, wirtschaftliche Wachstumsraten bleiben hinter den Erwartungen zurück.**

Wie in seinem Regierungsprogramm angekündigt, legte Juncker bereits im November 2014 seine Investitionsoffensive für Europa, den sogenannten Juncker-Plan, vor. Durch den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) soll über die nächsten drei Jahre die Schaffung von bis zu 1,3 Millionen Arbeitsplätzen unterstützt werden.

Der größte Teil der Investitionen soll dabei von privaten Investoren kommen. Damit diese investieren, legt die EU einen mit 16 Milliarden Euro ausgestatteten Garantiefonds an. Die Europäische Investitionsbank wird weitere 5 Milliarden Euro beisteuern. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sollen von den so mobilisierten Investitionen profitieren.

So wichtig das Zeichen ist, das Juncker mit diesem Schritt gesetzt hat, so wichtig war uns Sozialdemokraten: Auf den Inhalt kommt es an! Bei Junckers Verordnungsvorschlag, den er im Januar 2015 veröffentlichte, musste dringend nachgebessert werden. Statt Technologien von vorgestern zu unterstützen, müssen wir in die Zukunft investieren!

Daher haben wir uns für Investitionen in erneuerbare Energien und den Ausbau der digitalen Infrastruktur eingesetzt und klar gestellt, dass zum Beispiel kein Geld in den Ausbau der Kernenergie gesteckt wird. Diese Forderungen konnten wir in den Verhandlungen mit Rat und Kommission verankern.

Um 16 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zum EFSI beizusteuern, sollen bewährte Programme, wie das Programm zum Ausbau von Verkehrs-, Energie- und digitalen Netzen "Connecting Europe Facility" sowie das Forschungsförderprogramm "Horizont 2020" angezapft werden. Das war für uns im geplanten Umfang nicht hinnehmbar.

In den Verhandlungen konnten wir er-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete. Foto: Horb

reichen, dass den Programmen je 500 Millionen Euro mehr als zunächst vorgesehen erhalten bleibt. Darüber hinaus sollen nun Einmalzahlungen in den Fonds durch die Mitgliedstaaten als budgetneutral angesehen werden. Die Mitgliedstaaten werden also nicht wegen eines Haushaltsdefizits abgemahnt, sollte dieses durch ihren Beitrag zum EFSI entstanden sein.

Schon lange fordern wir Sozialdemokraten: Nicht auf striktes Sparen kommt es an, sondern auch auf Investitionen und Wachstum! Diese Maxime konnten wir nun im EFSI verankern.

Wo viel Geld im Spiel ist, muss transparent gehandelt werden: Wir konnten erreichen, dass das Europäische Parlament bei der Wahl der Geschäftsführung im Investitionsausschuss, der die eingereichten Projektvorschläge bewertet, beteiligt werden muss. Auf welcher Grundlage der Ausschuss seine Bewertung vornimmt, haben wir in Förderfähigkeitskriterien klar festgelegt.

Das Europäische Parlament hat im Juni bei seiner Plenartagung in Brüssel nach zügigen, aber intensiven und für uns erfolgreichen Verhandlungen den Startschuss gegeben. Richtig los mit dem Fonds geht es nun ab September.

Klar ist: Der Fonds ist kein Allheilmittel für die wirtschaftlichen Probleme in Europa. Aber er ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Paradigmenwechsel. Statt nur auf einen rigiden Sparkurs zu setzen, bedarf es Investitionen in Wachstum und Beschäftigung.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

## POLITIK PERSÖNLICH

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin hat ihr Kuratorium neu gewählt. Ihm gehören u.a. an: Klaus Uwe Benneter, Prof. Ulrich Kledzik, der Abgeordnete Andreas Kugler, Petra Merkel, der Regierende Bürgermeister Michael Müller, Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und Dr. h.c. André Schmitz. Insgesamt besteht das für zwei Jahre gewählte neue Kuratorium aus 34 Mitgliedern (10 jüdisch, 15 evangelisch, 6 katholisch, 3 konfessionslos). Die 1949 gegründete Gesellschaft will das Verständnis, die Zusammenarbeit und den religiösen Dialog zwischen Juden und Christen fördern.

Alexander Ahrens (49), ehemaliges Mitglied der SPD Hermannstraße, ist zum Oberbürgermeister von Bautzen gewählt worden. Er erhielt im 2. Wahlgang 48,1 Prozent der Stimmen und löst damit den amtierenden CDU-Bürgermeister ab. Ahrens, der seit sechs Jahren in der sächsischen Stadt lebt, trat für ein Bündnis aus SPD, Linke und Bürgerbündnis an.

Klaus Wowerit, bis zum vergangenen Dezember auch Berliner Kultursenator, wird vom Berliner Theaterclub mit der Goldenen Iffland-Medaille geehrt. In seiner Amtszeit als Kultursenator habe der SPD-Politiker das Berliner Kulturleben mit viel Engagement geleitet und den Berliner Bühnen eine wunderbare Arbeit ermöglicht, erklärte die Besuchergemeinschaft. Der Preis soll am 6. September im Renaissance-Theater vergeben werden. Die Laudatio hält Judy Winter. Der Namensgeber des Preises, der 1814 verstorbene Schauspieler, Intendant und Dramatiker August Wilhelm Iffland, hatte Berlin zu einer der bedeutendsten Theaterstädte entwickelt.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin ist am Freitag vergangener Woche einstimmig zum Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft gewählt worden.

PM □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

## Finanzen:

# Konsolidieren und investieren

## Senat beschließt Entwurf des Doppelhaushalts 2016/2017

### Fortsetzung von Seite 1

Die Spielräume für neue Investitionen seien auch ein Erfolg der Konsolidierungsbemühungen der vergangenen Jahre, betonte Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen. Auch künftig lebe die Stadt nicht über ihre Verhältnisse. „Die Einnahmen steigen leicht schneller als die Ausgaben“, so Kollatz-Ahnen. „Wir geben nur das aus, was wir sicher einnehmen.“ Gleichzeitig soll auch die Schuldenlast des Landes von 62,9 Milliarden Euro auf unter 60 Milliarden Euro sinken. Alles, was an Abschlägen in der künftigen Entwicklung auf Bundesebene bekannt sei, so Kollatz-Ahnen, sei im Haushaltsentwurf bereits berücksichtigt.

Zugleich verwies Kollatz-Ahnen darauf, dass Berlin den in vielen Sektoren erheblichen Investitionsstau mit einer langfristigen Finanzplanung konsequent abbauen werde: „Erstmals bildet dieser Haushaltsentwurf Investitionspakete für die zentralen Felder Berlins ab. Damit begegnen wir kontinuierlich, langfristig und parallel dem großen Investitionsstau in Bereichen, in die zum Teil 10 bis 15 Jahre lang nicht mehr ausreichend investiert wurde. Der Haushaltsentwurf wird somit sowohl den Bedürfnissen der Stadt in ihrer ganzen Breite als auch der Finanzpolitik gerecht. Die gezielte Stärkung der regionalen Wertschöpfung und der Wachstumskräfte trägt zudem dazu bei, dass sich dieser Investitionskurs selbst stabilisiert. Bei Beibehaltung dieses Kurses wird Berlin nicht in neue Abhängigkeit geraten.“

Der Doppelhaushalt umfasst insgesamt 50,5 Milliarden Euro. Einen Schwerpunkt



Solider Haushaltsentwurf vorgelegt: Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen. Foto: Horb

setzt er beim Wohnungsbau, u.a. mit dem Neubau von jährlich rund 3000 Sozialwohnungen ab 2017. Mehr Geld fließt in die Erneuerung der Klinikstandorte und der Nöturfzentralen von Polizei und Feuerwehr. Deutlich erhöht werden die Ansätze für die Unterbringung geflüchteter Menschen. 300 zusätzliche Stellen werden in den Bezirken geschaffen, um den Bürgerservice zu verbessern. Der Betreuungsschlüssel in den Kitas wird verbessert. Der Kulturetat steigt 2016 um 22 Millionen Euro, 2017 um 33 Millionen Euro. Überdurchschnittlich profitiert davon die Freie Szene mit einem Zuwachs von 7,5 Millionen Euro 2016 auf 18 Millionen Euro. 2017 kommen weitere zwei Millionen Euro dazu.

„Die Haushaltsverhandlungen verliefen sachorientiert und unaufgeregt“, so Michael Müller. „Auch das ist ein Zeichen dafür, dass sich der Senat auf seine Aufgaben konzentriert und die engen finanziellen Spielräume im Interesse der Menschen in Berlin optimal nutzt.“ **BS** □

## Preisverleihung:

## Band für Mut und Verständigung verliehen

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und der stellvertretende DGB-Vorsitzende Christian Hoffbach haben am Donnerstag das „Band für Mut und Verständigung 2015“ verliehen.

Die Auszeichnung wird einmal im Jahr vom Bündnis für Mut und Verständigung vergeben, dem u.a. der DGB Berlin-Brandenburg, Kirchen und Wohlfahrtsverbände angehören.

Mit dem „Band für Mut und Verständigung“ ausgezeichnet werden in diesem Jahr Ute und Siegfried Hillmann aus Panketal für ihr vorbildliches Engagement für die Bewohner\*innen des Asylbewerberheims Zepernick, die Initiative „Farfalla“ für ihre kreative, engagierte Arbeit mit den Kindern des Asylbewerberheims Waßmannsdorf, die Salaam-Schalom-Initiative für ihr herausragendes Engagement im Rahmen der interreligiösen Verständigung in Berlin-Neukölln, die Jugendinitiative „Bunte Zora“ aus Lauchhammer-Süd für ihren mutigen und engagierten Einsatz gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für eine Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen in ihrem Landkreis. **BS** □

## Pankow:

## Die Mobilität erhalten

Für den Erhalt und Ausbau der Mobilitätshilfedienste hat sich die SPD-Fraktion Pankow ausgesprochen. Die Dienste bieten seit mehr als 20 Jahren Personen eine Begleitung an, die in ihrer Bewegung eingeschränkt sind.

Alters- oder gesundheitsbedingte Ursachen führen oft dazu, dass Menschen nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Durch den Wegfall des Bundesprogramms Bürgerarbeit ist die Finanzierung von Begleitpersonen nun allerdings stark gefährdet. Der SPD-Bezirksverordnete Thomas Bohla: „Die Zahl der älteren Menschen im Bezirk Pankow wird in den nächsten 15 Jahren stark ansteigen. Damit steigt absehbar auch der Bedarf, eine Begleitung in Anspruch zu nehmen. Die Finanzierung durch arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente stößt hier an ihre Grenzen. Dies wird durch den ersatzlosen Wegfall des Bundesprogramms Bürgerarbeit deutlich. Der Senat muss deshalb dringend alternative Finanzierungsmöglichkeiten erarbeiten, um die Mobilitätshilfedienste langfristig zu sichern und damit soziale Teilhabe zu ermöglichen.“ **PM** □

## Wirtschaft:

# Mode und Innovation verbunden

## Michael Müller zur Bedeutung der Fashion-Week für Berlin

**Zu Beginn der Fashion-Week hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller die Vorteile des Mode-Standorts Berlin deutlich gemacht.**

„Neue und faszinierende Produkte sind durch die Zusammenführung von digitalen Technologien, künstlerischer Inspiration, Experimentierfreude und unternehmerischer Risikobereitschaft entstanden“, so Müller. Gerade das Zusammenspiel mit anderen Innovationen sei wichtig. „Mit Hilfe von 3-D-Technik entworfene und produzierte Kleidung oder Schmuckstücke sind dafür nur ein einzelnes Beispiel von vielen. Berlin ist international erfolgreiche Start-

up-Metropole, und in diesem Sommer diskutiert die Branche deshalb gerade in unserer Stadt die sich damit eröffnenden neuen und überraschenden Ideen, Wege und Geschäftsmodelle.“

Der Mode-Markt und besonders die Modemessen seien hart umkämpfte und inzwischen globale Märkte, so Müller. „Um Erfolg zu haben, müssen die Wettbewerber sich immer wieder neu erfinden und offen für Neues sein. Berlin hat das als Stadt immer wieder geschafft, und schon deshalb ist unsere Stadt so offen für Kreativität und für junge Menschen gerade auch aus der Modebranche.“ **BS** □

Bericht:

# „Familienpolitik muss ganz oben stehen“

## Berliner Beirat für Familienfragen übergab seinen Bericht

**Familien sind für Berlin wichtig. Sie sorgen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Der Berliner Beirat für Familienfragen fordert deshalb im Familienbericht 2015, den er im Auftrag des Senats erarbeitet hat, dass die Belange von Familien in Berlin stärker berücksichtigt werden. Beiratsvorsitzender Thomas Härtel betonte anlässlich der Übergabe des Berichts an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller und Familien senatorin Sandra Scheeres: „Familienpolitik muss ganz oben auf der politischen Agenda stehen.“**

Im Berliner Beirat für Familienfragen, der vom Senat jeweils für eine Legislaturperiode berufen wird, sitzen 26 Vertreterinnen und Vertreter aus wichtigen familienrelevanten Feldern. Sie kommen aus der Wirtschaft, aus Politik und Wissenschaft sowie von Verbänden und den Religionsgemeinschaften.

„Es war ein sehr konstruktives Arbeiten in den vergangenen drei Jahren“, hebt der ehrenamtlich tätige Vorsitzende hervor. „Alle waren sich einig darin, dass Familien mit ihren unterschiedlichen Herausforderungen und Lebenslagen im Mittelpunkt stehen sollen“, so Thomas Härtel.

Dass ihnen das gelungen ist, zeigt der Bericht mit dem Titel „Dazugehören, Mitgestalten - Familien in der Stadtgesellschaft“ deutlich: An vielen Stellen kommen Familien direkt zu Wort. Aus den elf Familienforen, die der Beirat in den Bezirken veranstaltet hat, flossen Wünsche, Anregungen und Kritik von Eltern, Großeltern und Heranwachsenden in die Berichtsgestaltung ein.

Besonders wichtig war den Beiratsmitgliedern dabei, dass die Vielfalt, in der Familie gelebt wird, sichtbar wird. „Ob mehrere Generationen zusammenleben, ob Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt werden - unter jedem Dach in Berlin läuft Familienleben anders“, erklärt Thomas Härtel die Notwendigkeit, einen weitgefassten Familienbegriff zu verwenden.

### NEUE FAMILIENPOLITISCHE AKZENTE FÜR BERLIN

Was fordert nun der unabhängige und überparteiliche Berliner Beirat für Familienfragen von Politik und Verwaltung? „Familien müssen ressortübergreifend mehr in den Blick rücken“, ist sich der Beiratsvorsitzende und ehemalige Berliner Staatssekretär sicher. Weil Familien für das Zusammenleben in der Hauptstadt wichtig sind, muss sich die Berliner Politik endlich für



Übergabe des Familienberichts 2015: Der Beiratsvorsitzende Thomas Härtel (Staatssekretär a.D.) und die stellvertretende Vorsitzende Susanne Kahl-Passoth (Kirchenrätin i.R.) übergaben Michael Müller und Bildungs senatorin Sandra Scheeres den Bericht.

Foto: Gregor Schmidt

## Der Familienbeirat

Im Berliner Beirat für Familienfragen sind die familienpolitischen Akteurinnen und Akteure Berlins vertreten. 26 Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, Politik, Wissenschaft, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wurden 2012 für die 17. Wahlperiode vom Berliner Senat berufen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen berät den Senat in Fragen der Familienpolitik und bei Gesetzesvorhaben mit Auswirkungen auf die Familie. Er gibt Impulse für familienpolitische Maßnahmen und setzt sich für die Interessen von Familien ein. In jeder Legislaturperiode veröffentlicht er einen Familienbericht. Der Familienbericht 2015 kann über die Geschäftsstelle bezogen oder direkt von der Webseite heruntergeladen werden:

<http://www.familienbeirat-berlin.de/>

gute Rahmenbedingungen stark machen. Dazu zählen bezahlbarer Wohnraum, eine gute Qualität bei der Bildung und ausreichende Möglichkeiten der Teilhabe. Politik und Verwaltungen sollten sich stärker an den Lebenslagen von Familien orientieren, verlangt der Familienbericht. „Wer den Fachkräftemangel beheben will, wer Gesundheit fördern oder etwas gegen Armut tun will, muss stärker querdenken“, erläutert der Vorsitzende.

Insbesondere bei der Armut zeigt sich,

wie komplex Lebenslagen von Familien sind. Wer alleine erzieht, benötigt in erster Linie ausreichend Kinderbetreuung um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Oft sorgen jedoch zusätzlich gesundheitliche Probleme, eine Behinderung und wenig Unterstützung dafür, dass die finanzielle Sicherung des Familienlebens nicht funktioniert. Mit Spannung erwarten die Beiratsmitglieder nun die lang angekündigte Senatsstrategie gegen Armut, erhoffen sie sich bei der Ausformulierung der konkreten Maßnahmen doch einen Perspektivwechsel, der mehr Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts anvisiert.

### ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN

Doch es sind nicht nur die Familien in besonders schwierigen Lebenslagen, für die in Berlin mehr getan werden muss. Berlin wird jünger und älter zugleich, so ein Befund des Familienberichts in Hinblick auf die zukünftige Bevölkerungsstruktur. Mehr Aktivitäten, um Fachkräfte zu gewinnen und ihren Familien ein lebenswertes Umfeld anbieten zu können sind ebenso wichtig, wie die Situation von pflegenden Angehörigen zu verbessern und sie von Zeitnot und Sorge zu entlasten. Kinder benötigen eine qualitätsorientierte Betreuung, Heranwachsende einen Schulabschluss und Großeltern kieznahe Angebote für Austausch, Engagement und Bewegung.

### UMSETZEN IN HANDLUNGEN

Viele Befunde sind im Familienbericht 2015 zusammengetragen, mit wissenschaftlicher Expertise gestützt und mit Daten unterlegt. „Nun geht es uns darum, dass die Erkenntnisse, die Kritik und vor allem unsere Handlungsempfehlungen bei den zuständigen Akteuren der Berliner Politik ankommen“, so der langjährige Politik-Profi Thomas Härtel.

Nach der Sommerpause wird der Berliner Beirat deshalb erneut für mehr Familienfreundlichkeit in Berlin trommeln. „Unser Ziel ist, dass wir bessere Rahmenbedingungen für das Familienleben in Berlin schaffen“, sagt der aktive Beiratsvorsitzende und man glaubt dem ehemaligen Sport-Staatssekretär sofort, dass er noch einen langen Atem hat, um diese Ziel weiter zu verfolgen.

**Regine Schefels, Leiterin der Geschäftsstelle des Berliner Beirats für Familienfragen** □

## Arbeitsmarkt:

## Rote Laterne abgegeben

Langzeitarbeitslose Berlinerinnen und Berliner profitieren

**Berlin hat einen neuen Tiefstand bei der Arbeitslosigkeit erreicht. Im Juni waren insgesamt 191.613 Arbeitslose gemeldet. Das waren 9.577 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 10,5 Prozent und lag damit um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.**

Eine deutliche Zunahme gibt es bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Im April waren 1.302.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 39.200 mehr als ein Jahr zuvor. Mit dieser Steigerung von 3,1 Prozent liegt Berlin erneut über dem bundesdeutschen Durchschnitt, diesmal um 1,4 Prozentpunkte.

„Bemerkenswert ist, dass wir in Berlin auch im Juni im Ländervergleich die Rote Laterne nicht innehaben. Das war seit langer Zeit nicht der Fall“, so Berlins Bürgermeisterin und Arbeitssenatorin Dilek Kolat.

Als „erfreulich und ermutigend“ bezeichnete es Dilek Kolat, dass die positive Entwicklung auch bei den langzeitarbeitslosen Menschen ankommt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gibt es 4.312 weniger Berlinerinnen und Berliner, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Während auf Bundesebene der Anteil der Langzeitarbeitslosen bei 38,2 Prozent liegt, sind es in



Arbeitssenatorin Dilek Kolat.

Foto: Horb

Berlin inzwischen 32,5 Prozent. Dilek Kolat will angesichts von immer noch 62.347 langzeitarbeitslosen Menschen in der Stadt das Landesprogramm „Berliner Jobcoaching“ zur intensiveren Begleitung von Langzeitarbeitslosen fortführen: „Allerdings brauchen wir hierfür auch Berliner Unternehmen, die die Potentiale langzeitarbeitsloser Menschen erkennen und ihre Türen für sie öffnen.“

Berliner Senat, Brandenburger Landesregierung, DGB und Unternehmerverbände wollen künftig enger in der Region zusammenarbeiten. Das verabredeten sie Ende Juni auf einer Konferenz. Ihre gemeinsame Sorge: Bis 2030 könnten in der Region 460.000 Fachkräfte fehlen. **BS □**

## Berlin 4.0:

## Berlin als führende IT-Stadt etablieren

**Berlin soll zur führenden IT-Hauptstadt Europas entwickelt werden. Dazu wollen Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats, der Technischen Universität, der Technologiestiftung, der Deutschen Telekom AG und des Unternehmens Zalando bis zum Herbst eine gemeinsame Strategie entwickeln.**

Ende Juni 2015 hat sich der Berliner Kreis zur Digitalisierung konstituiert. Fünfzig führende Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nahmen an der Konferenz an der Technischen Universität Berlin teil.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Mit den erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmern und den klügsten Köpfen aus der Wissenschaft stellen wir die Weichen: die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben, die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für Unternehmen in den Blick zu nehmen und so Berlin als Zukunftslabor zu etablieren. Berlin lädt Unternehmen und kreative Köpfe ein: Gestalten wir gemeinsam das Berlin 4.0!“ TU-Präsident Christian Thomsen rief dazu auf, private und öffentliche Mittel zu mobilisieren, um die besten IT-Professorinnen und IT-Professoren der Welt nach Berlin zu holen. **PM □**

## Das ICC wird wieder zum Leben erweckt

Teilsanierung geplant - Nutzung als modernes Kongresszentrum

**Das Internationale Congress Centrum (ICC) wird in Zukunft wieder als modernes Kongresszentrum genutzt. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hatte sich für eine entsprechende Regelung eingesetzt. Der Berliner Senat hat jetzt die Grundlagen dafür geschaffen.**

Im Doppelhaushalt 2016/2017 sind für die notwendigen vorbereitenden Planungsarbeiten insgesamt 3 Mio. Euro vorgesehen (2016: 500.000 Euro; 2017: 2,5 Mio. Euro). Die finanziellen Mittel für Schadstoffsanierung, zur Ertüchtigung der Kongressflächen sowie zur Vorbereitung der übrigen Flächen für eine künftige Nutzung werden in der Mittelfristigen Finanzplanung ab 2018 mit insgesamt 197 Mio. € veranschlagt. Der darüber hinausgehende Investitionsbedarf wird auf mindestens 300 Mio. € geschätzt und soll durch private Investoren, ggf. unter Einbeziehung von Fördermitteln, getätigt werden, so der Senatsbeschluss.



Das ICC während des Kongressbetriebs. Derzeit ist das Haus geschlossen. Foto: Horb

Ziel ist eine Mischnutzung mit einem wesentlichen Teil Kongressnutzung. 10.000 m<sup>2</sup> sollen als flexibel nutzbare Kongressfläche ertüchtigt werden, die übrigen Gebäudeteile sollen dann an private Investoren vermarktet werden. Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel: „Der Senat

bekannt sich zum ICC als Kongresszentrum. Es ist nicht nur eine architektonische Ikone, die erhalten werden muss. Das ICC ist ein wichtiger Standort für das wachsende Kongressgeschäft in Berlin. Wir prüfen nun auf Basis eines Bedarfsprogramms, wie die notwendige Schadstoffsanierung und die Ertüchtigung der benötigten Kongressflächen im ICC schnell und wirtschaftlich organisiert werden können.“

Der Senat nahm zudem ein Gutachten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Kenntnis, in dem von Einzelhandel als wesentliche Nutzung im ICC abgeraten wird. Außerdem wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als oberste Denkmalschutzbehörde den Senat unterrichten, ob die Denkmalschutzwürdigkeit des Gebäudes nach Maßgabe des Berliner Denkmalschutzgesetzes festgestellt werden kann sowie ob und in welcher Form dies Konsequenzen für die Erstellung des Bedarfs- und Sanierungsprogramms des ICC hat. **PM □**

# Kein Raum für die Karikatur in Berlin?

Andreas Nicolai im BS-Interview: Es wird Zeit für ein Museum für Humor und Satire

Berlin wäre ihnen als Standort am liebsten: Andreas Nicolai, Geschäftsführer der Cartoonlobby, erläutert im BS-Interview die Museumspläne der Karikaturisten.

**Nach dem Attentat auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo Anfang des Jahres wurde viel über die Freiheit der Kunst und der Karikatur diskutiert. Mit dem Abstand eines halben Jahres: Was hat sich für Karikaturisten verändert, hat die Karikatur an Freiheit verloren?**

Bis heute gibt es in der Öffentlichkeit Diskussionen zum Thema „Was darf Satire?“, zu denen auch unsere Cartoonlobbyisten als kompetente Partner eingeladen werden. Die Karikatur fand im letzten halben Jahr eine Beachtung, wie sie für Deutschland eher ungewöhnlich ist. Eine Chance für uns zu vermitteln, welche Rolle die aktuelle Pressezeichnung und kritische Grafik in unserer Gesellschaft spielen kann. Wie sie zur Meinungsbildung beiträgt und in der Lage ist, Missstände aufzudecken und anzuprangern.

Aus Sicht der Karikaturisten hat sich für deren Arbeit nichts Wesentliches verändert. Nun steht dieser auch nicht morgens auf und sagt sich: „Lass uns heute mal ein paar Muslime beleidigen ... oder wenigstens religiöse Gefühle verletzen“. Geht es um heikle Themen, dann greift er diese als Teil des politischen Weltgeschehens auf oder wenn Missbrauch im Namen von Religionen betrieben wird. Gern auch, um mit einem befreienden Lachen eine festgefahrene Konfrontation zu entkrampfen.

Es ist ein hohes Gut der freiheitlichen demokratischen Verhältnisse, dass jeder ungestraft zeichnen und sagen kann, was ihm auf der Seele liegt, solange es nicht gegen gültiges Recht verstößt. Aber machen wir uns nichts vor: Das heißt noch lange nicht, dass dies auch gedruckt oder gesendet wird. Da entscheiden andere Befindlichkeiten.

**Die Cartoonlobby versteht sich als eine Interessenvertretung der Karikaturisten. Welche Interessen stehen da zur Zeit oben an?**

Bei unserer Verbandsarbeit geht es um die Wertschätzung, die man dem Schaffen der Karikaturisten entgegenbringt und diese spiegelt sich natürlich darin wider, wie deren Leistungen honoriert werden. Die Honorare und die Möglichkeiten zur Veröffentlichung werden tendenziell immer geringer. Wir wollen den Berufsstand des Karikaturisten fördern und für die Komischen Künste ein Forum in der Öffentlichkeit schaffen, damit diese eine ange-



Im Gespräch mit der kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Brigitte Lange: Andreas Nicolai, Geschäftsführer der Cartoonlobby e.V. und Philipp Heinisch, Vorsitzender. Foto: Horb

messene Anerkennung auch hier in Deutschland finden. Immer wieder mischen wir uns mit thematischen Ausstellungen in gesellschaftliche Debatten ein. Geht es um Klimawandel, Umgang mit unseren Ressourcen, aktuelle Politik, demografischen Wandel oder den „alternativlosen“ Kapitalismus - Karikaturisten haben dazu etwas zu sagen! Dabei zeigen wir auch das kreative Potential und die Ideenvielfalt bei der Umsetzung von Themen, zu denen Karikaturisten befähigt sind. Gleichzeitig wird deutlich, welchen Beitrag dieses Medium zur Kommunikation und Auseinandersetzung mit Problemen in Politik und Alltag leisten kann, wenn man es nur lässt.

„ZEICHNER SIND MEHR ALS  
NUR PAUSENCLOWNS  
IN DEN BLEIWÜSTEN“

Das kulturelle Erbe auf dem Gebiet der Zeichenkunst wollen wir bewahren und verdeutlichen, dass es sich bei Cartoon und Karikatur um eigenständige Kunstformen handelt. Karikaturisten sind gleichzeitig auch immer Chronisten von Zeitgeist und Zeitgeschehen, was sie im historischen Kontext interessant macht, zur anschaulichen Verdeutlichung von Zusammenhängen. Dafür wollen wir das Bewusstsein der Gesellschaft schärfen. Die Zeichner sind mehr als nur Pausencloawns in den Bleiwüsten der Zeitungen und keine bloßen „Witzbildzeichner“.

**In Luckau betreibt die Cartoonlobby ein Cartoon-Museum. Warum gibt es so etwas nicht in Berlin?**

Seit Februar 2011 hat der Verein und seine „Sammlung Museum für Humor und Satire“ ein vorläufiges Domizil in Luckau gefunden. Dafür waren wir sehr dankbar, denn hier haben wir erst einmal ideale Vor-

aussetzungen für unsere Arbeit. Wir können bereits als anerkanntes Museum unter dem Namen „Cartoonmuseum Brandenburg“ agieren. Dort wird unsere Sammlung verwahrt, erweitert und präsentiert. Natürlich zeigen wir auch alles, was wir für dazugehörig und wichtig halten, entsprechend unserem Leitbild. Wir sehen uns ganz in der satirischen Tradition der Hauptstadtregion. Es war von Anfang an klar, dass wir in Luckau nur für ca. zehn Jahre bleiben können. Deshalb begann 2015 die intensive Suche nach neuen Standorten und interessierten Partnern. Erfahrungsgemäß kommen für ein zukünftiges Museum und seinen Sitz nur Großstädte in Frage - Berlin wäre uns am liebsten.

In unseren jetzigen Gesprächen mit der Berliner Politik kam oft die ungläubige Frage: So ein Museum existiert noch nicht in Berlin? Da ist keine Galerie oder Einrichtung mit ähnlichem Profil? Unvorstellbar! - finden wir auch. Aber selbst bundesweit gibt es nur sieben Einrichtungen ähnlicher Ausrichtung und regelmäßigen Ausstellungen. Verglichen mit Häusern und Galerien für die bildenden Künste oder Heimatmuseen ist das ein absolutes Alleinstellungsmerkmal.

Vielleicht ist ein „Karikaturmuseum Berlin“ noch Vision, weil es wie überall engagierte Partner braucht, interessierte Politiker und finanzierbare Räumlichkeiten. Wir sind aufgebrochen all dies zu suchen!

**Was könnte Berlin tun, um die Karikaturistenszene stärker zu fördern?**

Berlin sollte uns mit offenen Armen aufnehmen. Sollte uns helfen bei der Verwirklichung unseres Vorhabens. Dem „Politischen Berlin“ stünde es gut zu Gesicht, wenn es dort eine dauerhafte Einrichtung für politische Karikatur und eine Plattform für gezeichnete Satire und Humor gäbe.

Wir kommen auch nicht als Bittsteller. In unserem Gepäck befindet sich ein Kunstschatz von ca. 25 000 Originalzeichnungen, eine umfangreiche Fachbibliothek für Humor und Satire von rund 10 000 Exemplaren. Die Cartoonlobby bringt die Erfahrungen, Kontakte und den Nachweis nachhaltiger ein Museum betreiben zu können mit. Es braucht also nur noch interessierte Partner, die mit dabei gewesen sein wollen, wenn die Kulturmetropole Berlin ihr Museum für Humor und Satire bekommt. Den Ruhm teilen wir uns gern, wenn uns jemand behilflich ist bei diesem Projekt, das uns so am Herzen liegt! **Fragen: U. Horb** □

➡ Cartoonmuseum Luckau, Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag jeweils von 13-17 Uhr. Nonnengasse 3 hinter der Kulturkirche in 15926 Luckau.



Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (m.) mit Jan Stöß und André Lossin. Fotos (2): Horb



Innenpolitiker Frank Zimmermann stellt die Ergebnisse der Programmkonferenz vor.

#### Programmdebatte:

## Schutz vor sozialem Abstieg

Soziales Berlin, sicheres Berlin: SPD setzt Programmdebatte fort

### Fortsetzung von Seite 1

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius forderte auf der Programmkonferenz der Berliner SPD die Entwicklung einer eigenen sozialdemokratischen Sicherheitspolitik. Er erinnerte daran, dass die SPD die einzige Partei sei, die in der Vergangenheit um die Sicherheit ihrer Mitglieder bangen musste, wenn der Staat über zu viel Macht verfügte. Den Gegensatz von Freiheit und Sicherheit nannte er „konstruiert“. Jedes Grundrecht unterliege in der Abwägung gegenüber anderen Grundrechten auch Einschränkungen. Wichtig sei das richtige Maß. „Sozialdemokratische Innenpolitik als Sicherheitspolitik hat nicht den Staat im Blick, sondern stellt den Menschen in den Mittelpunkt“, so Pistorius.

Auch wenn die Zahl der Delikte zurückgegangen ist, gebe es ein subjektives Unsicherheitsgefühl. Zudem würden die Bedrohungen komplexer. Die Organisierte Kriminalität habe in einem Jahr zu Schäden von 720 Millionen Euro geführt, dahinter stehen ganze 560 Verfahren.

Mehr Prävention forderte Pistorius mit Blick auf die Zahl der Einbrüche. 40 Prozent der Einbrüche scheitern im Versuchsstadium, weil Türen oder Fenster zu gut gesichert seien. Hier müsse das Beratungsangebot ausgebaut werden. In den Niederlanden, so Pistorius, seien bei Neubauten bereits Standards in der Wohnungssicherung vorgeschrieben.

In Niedersachsen hat Boris Pistorius gute

Erfahrungen damit gemacht, den offenen Dialog innerhalb der Polizei zu führen. Mit solch einer neuen Gesprächskultur könnten gemeinsam die besten Lösungen entwickelt werden.

Viele Ideen kamen in den drei Panels zusammen. So wurde intensiv über die Stärkung sozialer Nachbarschaften gesprochen. Gesundheitsvorsorge sowie eine gute medizinische und pflegerische Versorgung müssen im unmittelbaren Wohnumfeld gewährleistet sein. Eine Verdrängung Älterer aus ihrem Wohnumfeld dürfe es nicht geben, der Umzug in eine kleinere bezahlbare Wohnung in der Nähe müsse möglich sein. Es müsse Koordinierungsstellen rund um das Alter geben. Stabile Nachbarschaften wurden auch als Beitrag für mehr Sicherheit gesehen.

Für große Plätze wie den Alexanderplatz wurde ein Platzmanagement mit den verschiedenen Beteiligten vorgeschlagen, um Sicherheit und Aufenthaltsqualität zu stärken. Angemahnt wurde aber auch eine leistungsgerechte Bezahlung bei Polizei und Feuerwehr. Die Justiz sollte personell so ausgestattet werden, dass sie den Anforderungen an eine schnelle Aufklärung gerecht wird. In den Bezirken müsse die personelle Ausstattung den Bedingungen der wachsenden Stadt entsprechen. Es gelte Vorsorge zu treffen: In vielen Verwaltungen scheiden in den kommenden Jahren altersbedingt Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. **uh** □

## Arbeitskreis Sicherheitspolitik eingerichtet

**Der SPD-Landesvorstand hat im Juni 2015 einen Arbeitskreis Sicherheitspolitik in der SPD Berlin eingerichtet.**

Der Arbeitskreis Sicherheitspolitik will als Teil der Berliner SPD aktuelle Themen der Sicherheitspolitik stärker in den Landesverband einbringen. Ziel ist es, den Diskurs über und das Verständnis von sicher-

heitspolitischen Herausforderungen zu fördern. Dazu hat er jetzt ein erstes Grundsatzzpapier vorlegt, das auf der Internetseite des Arbeitskreises zur Verfügung steht.

➔ Kontakt: Lucas Koppehl, l.koppehl@googlemail.com.

Im Internet: [http://www.spd.berlin/AK\\_Sicherheitspolitik](http://www.spd.berlin/AK_Sicherheitspolitik)

#### Queersozi:

## „Homophobie ist eine Bildungslücke“

„Homophobie ist eine Bildungslücke“ stand in großen Lettern auf dem Wagen der Queer-Sozis auf dem Berliner CSD. Rund eine halbe Million Menschen nahm Ende Juni an der Parade teil.

Die Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (Charlottenburg-Wilmersdorf), Angelika Schöttler (Tempelhof-Schöneberg) und Dr. Christian Hanke (Mitte) ließen beim 37. Christopher Street Day 1.000 bunte Luftballons steigen. Die Queer-Sozis warben mit Flyern und Plakaten für die Ehe für alle. **BS** □



Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller sprach sich bei der Eröffnung des CSD erneut für die Öffnung der Ehe für alle aus.



Rolf Wiegand und Klaus Wowereit zeigten auf dem Berliner CSD Solidarität mit den in vielen Ländern verfolgten Lesben und Schwulen.



Der Wagen der Queer-Sozis auf dem CSD. Mit dabei waren auch Mitglieder der Wiener SPÖ.

Fotos (3): Hans Kegel

## FRAKTION INTERN

### Jugendkunstschulen werden gesichert.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh und der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Torsten Schneider, haben die Jugendkunstschule Pankow in der Neuen Schönholzer Straße besucht. Beide informierten sich über die Arbeit, die dort von Pädagogen und freien Kunstschaffenden mit Kindern und Jugendlichen geleistet wird. Einblicke gab es z.B. in die Pappmaschee-Werkstatt, in den Theaterkurs, die Töpferwerkstatt, den Malereikurs und den Trickfilmkurs.



In der Töpferwerkstatt der Jugendkunstschule Pankow: der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und Fraktionsgeschäftsführer Torsten Schneider.  
Foto: Stäuble

Ins Auge fiel neben der Vielfalt des Angebots und der Fülle der Materialien wie konzentriert alle bei der Sache sind.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh sagt: „Wir müssen Bildung weiter denken. Bildung heißt auch, Kreativität zu fördern und dafür zu sorgen, dass Mädchen und Jungen ihre Stärken entdecken können. Die Berliner Jugendkunstschulen leisten eine beeindruckende Arbeit und brauchen Planungssicherheit.“

Die SPD-Fraktion will die Berliner Jugendkunstschulen im Schulgesetz verankern und dauerhaft sichern. Wir werden einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes in der Fraktion diskutieren und in den Haushaltsberatungen eine Aufstockung der Honorarmittel vornehmen. Die Jugendkunstschulen werden durch die Verankerung im Schulgesetz zu einer Pflichtaufgabe in allen 12 Bezirken.

Bisher sind die Jugendkunstschulen in Berlin unterschiedlich ausgestattet und eine „freiwillige Leistung“ der Bezirke. Die Senatsverwaltung für Bildung unterstützt die Jugendkunstschulen mit der Abordnung von Lehrkräften.

**Kreuzberger Stadtteiltage.** Der Abgeordnete Björn Eggert lädt vom 10. bis 15. August und vom 24. bis 30. August zu Stadtteiltagen in Kreuzberg ein. Weitere Informationen dazu unter: [www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage](http://www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage). **cs** □

### Arbeitsgemeinschaften:

## Sichtbar vielfältiger

Daniela Kaya ist neue Vorsitzende der AG Migration

**Daniela Kaya (Kreis Friedrichshain-Kreuzberg) ist neue Vorsitzende der AG Migration & Vielfalt. Bei der Wahl auf einer außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz am 1. Juli erhielt sie 38 Stimmen, ihr Gegenkandidat Marek Much aus Mitte kam auf 18 Stimmen.**

Daniela Kaya ist damit Nachfolgerin von Aziz Bozkurt, der zum Bundesvorsitzenden der AG gewählt worden war. Mit der Nachwahl von Mihail Groys als Schriftführer (Charlottenburg-Wilmersdorf) mit 42 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen sowie von Nada Aoudi als Beisitzerin (Neukölln) mit 49 Ja-Stimmen und 2 Nein hat die Landesdelegiertenkonferenz das Team komplettiert.

„Mit diesem starken Rückenwind kann ich unsere Positionen selbstbewusst in die Berliner SPD einbringen“, so Daniela Kaya nach ihrer Wahl. „Ich danke Aziz Bozkurt für sein großes Engagement und wünsche ihm viel Erfolg als Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat in den letzten Jahren an Profil gewonnen. Nun geht es darum, jeden Berliner und jede Berlinerin in den Blick zu nehmen, egal ob hier geboren,



Daniela Kaya. Foto: privat

zugezogen oder hierher geflüchtet. Für sie wollen wir das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen wiederbeleben. In den nächsten Monaten wollen wir als Arbeitsgemeinschaft die Berliner SPD

sichtbar vielfältiger machen, wenn es darum geht, Kandidierende für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen aufzustellen.“

Daniela Kaya (31) arbeitet als leitende Referentin im Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby, sie war Mitglied im Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt in Berlin und publizierte zum Themenfeld Migration und Vielfalt u.a. „Deutschland neu erfinden - Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik.“ **BS** □

### Digital leben:

## Kommentiert und bewertet

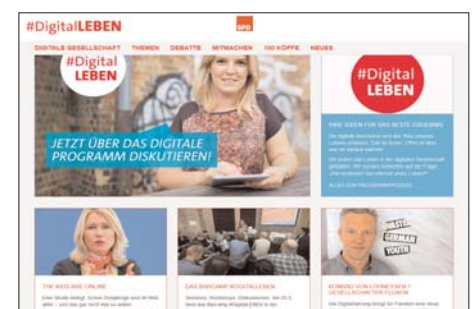
Online-Diskussion zum digitalen Grundsatzprogramm

**Als einzige Partei gibt sich die SPD ein Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft. Bundesweit ist dazu Ende Juni die Online-Debatte angelaufen.**

Anspruch der SPD ist es, aus dem technischen Fortschritt auch einen gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. Die Initiatoren der Plattform ziehen dabei den Vergleich zum 19. Jahrhundert, als im Zuge der Industrialisierung die Menschen schon einmal vor einer ähnlichen Herausforderung standen.

Auf der Dialogplattform [www.digitalleben.spd.de](http://www.digitalleben.spd.de), kann der dort vorgestellte, in acht Themenbereiche gegliederte Entwurf abschnittsweise diskutiert und mit eigenen Anmerkungen versehen werden. Die Software dafür liefert der Verein Liquid Democracy e.V. mit dem Programm „Adhocracy“.

Die meisten Rückmeldungen gab es bislang beim Thema „Gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft“. Angeregt wird u.a., den Begriff „Gute Arbeit“ noch einmal gesondert zu definieren. Diskutiert wird auch die Frage, ob Arbeit künftig einzeln und



Plattform [digitalleben.spd.de](http://digitalleben.spd.de).

isoliert ausgeübt wird oder in einer Gemeinschaft. Die Frage nach einer gerechten Verteilung wird auch für den Produktivitätsfortschritt gestellt.

Die Plattform ermöglicht die Bewertung einzelner Aussagen mit Plus und Minus, um ihre Wichtigkeit deutlich zu machen. Zum Teil entstehen auch Dialoge unter den Nutzerinnen und Nutzern. Ein Programmbeirat soll die Ideen und Vorschläge aufnehmen, der Bundestag im Dezember beschließt das Programm. **BS** □

➡ Die Dialogplattform gibt es auf [www.digitalleben.spd.de](http://www.digitalleben.spd.de)



Digitale Partei:

# Wem es nützt

## Ulrike Sommer: Parteivorstand legt Vorschläge für eine digitale Mitmachpartei vor

**Da ist sie wieder, die alte Idee des Parteivorsitzenden, auch Nicht-Mitglieder irgendwie am Leben der SPD teilhaben zu lassen. Dieses Mal ist es der digitale Fortschritt, der als Einladung dient: Zunächst in einer Testphase sollen in der SPD Online-Petitionen möglich sein. Da dürfen dann Genossinnen und Genossen zeichnen, aber eben auch „Bürgerinnen und Bürger (noch) ohne SPD-Parteibuch“, kurz: Nicht-Mitglieder.**

Bekommt eine Petition über ein Sachthema genug Unterstützung (auf Bundesebene in drei Monaten 124.414 Stimmen), muss sich der nächste Parteitag/-konvent dazu in einem öffentlichen Beschluss positionieren. Nicht erlaubt sein sollen Petitionen zu Personal, der Satzung oder Finanzfragen.

So jedenfalls sieht es das Papier „SPD - Die digitale Mitmachpartei“ vor, das die Parteiführung in der Organisationspolitischen Kommission hat diskutieren lassen und mit dem Hinweis, dieses Gremium könne ohnehin nichts beschließen, an das Präsidium weitergeleitet hat.

Nun hat Generalsekretärin Yasmin Fahimi die Unterlage in der Gesamtpartei zur Debatte gestellt. Die Papiere sollen Grundlage für einen Beschluss des Bundesparteitags im Dezember werden.

### VERBORGENE INTERESSEN

Beschäftigen wir uns also damit. Nur so können wir sicher sein, nicht überrascht zu werden. Zum Beispiel von der schon erwähnten Online-Petition. Dort sollen Menschen mit und ohne Parteibuch zwar Klarnamen, E-Mail-Adresse und Adresse angeben. Doch ihr politisches Eigeninteresse bleibt uns weiter verborgen.

„Wir sind uns der Gefahr interessengeleiteter Einflussnahme bewusst“ hatte ich formuliert und in der Orga-Kommission darum gebeten, diese Warnung in das Papier aufzunehmen. Außenstehende könnten den Satz lesen, wurde mir Augen rollend entgegen gehalten.

Ja klar. Außenstehende erkennen aber jetzt auch, welche Chancen wir ihnen eröffnen. Konkurrierende Parteien brauchen dafür keine fünf Minuten. Oder wie wäre es mit einer kleinen Petition für Rüstungsexporte? Gesponsert von den Vorständen und Beschäftigten deutscher Waffenschmieden?

Oder mit einer Petition für die Braunkohle? Am Tag unserer Beratung in der Orga-Kommission fuhrn übrigens einige Teil-



Ulrike Sommer ist Landeskassiererin der Berliner SPD. Foto: SPD Berlin

nehmer noch kurz rüber zur Demo für die Braunkohle.

Die wichtigste Frage in der Politik ist diese: Wem nützt es? Wann haben wir eigentlich aufgehört, sie zu stellen? Und warum?

### MENSCHEN BETEILIGEN

Ich grübele noch immer: Wozu brauchen wir die Hilfe Außenstehender bei der Entwicklung unserer Anträge? Sind die eigenen Ideen, die eigenen GenossInnen gar dem PV nicht genug?

In dem Fahimi-Papier „Die SPD ist die Partei der Zukunft“ wird definiert, was aktive Parteiarbeit ist: Aktive Mitglieder treten im Freundeskreis, in der Familie und am Arbeitsplatz aktiv für die Haltung der SPD ein. Aha.

Darauf folgt diese Überschrift: „Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen.“ Menschen sind vermutlich alle, also Mitglieder und Nichtmitglieder. Das ergibt sich aus diesem Satz: „Wir als SPD sind es, die gesellschaftliche Gruppen zusammen bringen und gestalten zusammen mit ihnen in einem offenen Prozess eine zukunftsfähige Politik.“

Mal abgesehen vom Satzbau ist natürlich richtig, dass wir reden, uns informieren, Probleme erkennen und aufgreifen. Darauf müssen dann aber auch in Zukunft parteiinterne Entscheidungen folgen.

Wie werden die ausfallen, wenn Grundlage eine von Zehntausenden unterstützte Petition ist? Ist es wirklich vorstellbar, dass wir so etwas ablehnen? Wie aber bleibt die SPD dann unverwechselbar? Eine Partei, zusammen gehalten von gemeinsamen Überzeugungen?

### MITGLIEDERENTSCHEIDE LEICHT GEMACHT

Bislang ist es recht schwierig, Basisentscheidungen zu erzwingen. Fristen und

andere Voraussetzungen waren restriktiv, denn diese Instrumente richteten sich stets gegen die Vorstände.

Künftig soll es viel leichter werden, Mitgliederentscheide und Mitgliederbegehren zu starten, denn sie richten sich immer noch gegen die Vorstände. Das Misstrauen gegenüber den Gremien, den gewählten Funktionären vor Ort scheint im Willy-Brandt-Haus gewaltig gewachsen zu sein.

Der Mitgliederentscheid in neuer Form bringt neue Probleme, zum Beispiel dieses: Da der „Vorwärts“ nur noch sechs Mal im Jahr erscheint, fällt das Blatt als Mitteilungsorgan aus. Es werden künftig binnen zwei Wochen nur die Vorstände über einen anstehenden Entscheid informiert. Die müssen dann ihrerseits die Mitglieder in Kenntnis setzen.

Das Problem: Wer der SPD die E-Mail-Adresse gegeben hat, bekommt von Stund an viel Post. Mal von der Abteilung, mal vom Kreis, mal von der Arbeitsgemeinschaft, dem PV oder dem Landesverband.

### IN DER MAIL-FLUT UNTERGEHEN

Was, wenn sich immer mehr Mitglieder digital verabschieden, weil sie keine Lust haben, in der Mail-Flut unterzugehen? Derzeit haben nur etwa 60 Prozent der GenossInnen dem Landesverband ihre Mail-Adressen gegeben. Die anderen müssen jeweils Briefe bekommen. Es gibt teures Porto zu finanzieren und heiße Debatten darüber, wer das Rückporto bezahlt.

Dazu kommen teure Internet-Tools, an denen der PV gerade arbeitet - wer für das neue digital/analoge Parteileben finanziell aufkommt, ist noch lange nicht geklärt. Vom personellen Aufwand, ehren- und hauptamtlich, nicht zu reden.

### VIELES IST SCHON REALITÄT

Unstrittig hingegen dürfte die Digitalisierung der Parteiarbeit sein. Handreichungen, Argumentationen und Bildungsangebote sollen über Videos und andere digitale Instrumente vermittelt werden. Der digitale Parteitag findet in Berlin längst statt, ein digitales Antragsbuch wird geführt.

Vieles ist also bekannt in dem Papier des PV, anderes ungeklärt und wieder anderes wie die Online-Petitionen aus meiner Sicht noch kritisch zu hinterfragen. Ich bin gespannt auf die Debatte. **Ulrike Sommer** □

➡ Das Papier: [http://www.spd.berlin/w/files/ksh-dl/parteireform\\_gesamtpaket.pdf](http://www.spd.berlin/w/files/ksh-dl/parteireform_gesamtpaket.pdf)

Inneres:

# Bessere Koordination

## Eva Högl: Konsequenzen aus NSU-Ausschuss gezogen

Die Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes wird gesetzlich verbessert. Ein entsprechendes Gesetz ist vom Bundestag verabschiedet worden. Zuvor hatte der Innenausschuss seine Beschlussempfehlung mit einem maßgeblich von der SPD-Bundestagsfraktion verhandelten Änderungsantrag abgegeben. Der Gesetzentwurf, so die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl, sei eine gute Grundlage für die künftige Arbeit des Verfassungsschutzes im Bund.

„Mit dem Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 18/4654) setzt der Deutsche Bundestag die Empfehlungen des Abschlussberichts des NSU-Untersuchungsausschusses im Bereich des Bundesverfassungsschutzes um“, so die SPD-Politikerin.

Das Bundesamt bekommt die Aufgabe übertragen, die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden zu koordinieren. Alle relevanten Informationen zwischen



Eva Högl ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Foto: Bleicker / SPD

den Verfassungsschutzbehörden sollen besser ausgetauscht werden. Gerade föderale Strukturen verlangen klare Vorgaben und einen verbindlichen Informationsaustausch über Ländergrenzen hinweg.

Eva Högl: „Wir schaffen den längst überfälligen klaren gesetzlichen Rahmen für die Auswahl, den Einsatz und die Vergü-

tung von V-Leuten im Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der Entwurf enthält nun restriktive Regelungen, wer als V-Person verpflichtet werden kann und wann ein Einsatz zu beenden ist. Im parlamentarischen Verfahren haben wir mit unserem Änderungsantrag deutliche Verbesserungen durchgesetzt, so haben wir die Kriterien über die Verpflichtung von V-Leuten nochmals enger gefasst. Den V-Leute-Einsatz von verurteilten Mördern und Totschlägern haben wir kategorisch ausgeschlossen. Die Bundesregierung wird zudem erstmals gesetzlich verpflichtet, dem Deutschen Bundestag über den Einsatz von V-Leuten regelmäßig zu berichten. Wir stärken den Verfassungsschutz, indem das Bundesamt die notwendigen Kompetenzen bekommt, die es für seine Arbeit braucht, und wir zeigen klare rechtsstaatliche Grenzen auf, wo es vorher Grauzonen gab.“

Die dringend gebotene weitere Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments gegenüber den Nachrichtendiensten, die im Parlamentarischen-Kontroll-Gremiums-Gesetz geregelt sind, will die SPD-Fraktion in den kommenden Monaten zügig vorantreiben. **BS □**

Innenpolitik:

# „Viel Licht und viel Schatten“

## Mechthild Rawert: Schwierige Abwägung beim Gesetz zum Bleiberecht

**Seit der ersten Lesung am 25. Februar 2015 war mir klar, in diesem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung sind Licht und Schatten zugleich - macht es doch ganz besonders die unterschiedlichen Standpunkte in der Migrations-, Integrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik zwischen CDU/CSU und SPD deutlich. Für mich war auch klar, ich werde mich nicht enthalten, sondern am Ende nach sorgsamer Abwägung der bis zur 2./3. Lesung noch erreichten Ergebnisse mit Ja oder Nein stimmen. Ich habe am 2. Juli letztlich mit Ja gestimmt.**

Trotz der erreichten Fortschritte besteht kein Anlass zum Jubeln. Um über meine Entscheidung und gleichzeitig meine Haltung zu einzelnen Punkten des Gesetzes zu informieren, habe ich eine fünfseitige Persönliche Erklärung abgegeben.

Keine Sozialdemokratin, kein Sozialdemokrat hat sich die Entscheidung zu diesem Gesetz einfach gemacht. Als Landesgruppe Berlin hatten wir zu diesem Thema den Juso-Landesvorstand eingeladen und eine inhaltlich sehr gute Diskussion geführt.

**Bleiberecht für langjährig Geduldete.** Im Gesetz werden wichtige humanitäre

Vorhaben aus dem SPD-Regierungsprogramm und dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Endlich wird ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig Geduldete bei nachhaltiger Integration eingeführt. Dafür haben sich Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften viele Jahre eingesetzt. Nach Angaben von PRO ASYL leben mehr als 75.000 Menschen seit sechs Jahren oder länger ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland. Das sind mehr als 75.000 Menschen, die seit Jahren gezwungen sind, ein Leben auf Abruf zu führen. Eine Rückkehr in ihr Herkunftsland ist für die allermeisten von ihnen undenkbar und in Deutschland sind sie bisher nur befristet geduldet. Immer wieder droht ihnen die Abschiebung. Sie alle konnten ihre Zukunft nicht gestalten, weil sie in Deutschland keine sichere Lebensperspektive hatten. Das wird sich mit dem neuen Bleiberecht ändern.

**Verschärfungen bei der Aufenthaltsbeendigung.** Allerdings machten mir die Verschärfungen der repressiven Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung die Zustimmung zum Gesetzentwurf sehr schwer. Die Kritik von Flüchtlingsorganisationen, Verbänden und der SPD Berlin an diesem Teil des Gesetzes ist berechtigt. Es ist der SPD-Bundestagsfraktion gelungen,

im parlamentarischen Verfahren den Repressionscharakter einiger Regelungen zu entschärfen. Einige der kritisierten Regelungen setzen bisheriges Richterrecht um und stellen damit keine Verschärfung der bisherigen Praxis dar - aber auch keine Verbesserung. Für sehr problematisch halte ich die Einführung eines viertägigen Ausreisegewahrsams. In den Verhandlungen mit der Union stellte sich leider heraus, dass CDU/CSU ohne diese Regelung das Gesetz als Ganzes nicht mitgetragen hätte.

Ein weiterer großer Kritikpunkt sind die Einreise- und Aufenthaltsverbote. Der SPD ist es immerhin gelungen, den Anwendungsbereich der Verbote auf Menschen aus sicheren Herkunftsländern, deren zweiter Asylfolgeantrag abgelehnt wurde, zu begrenzen. Zudem sollen die Verbote bei unverschuldeten Duldungsgründen nicht verhängt und bei Vorliegen der Voraussetzungen für Bleiberecht oder humanitären Aufenthalt aufgehoben werden.

Das Gesetz ist ein „klassischer Kompromiss“ der Großen Koalition. Ohne die Hinnahme von Verschärfung repressiver Maßnahmen der Aufenthaltsbeendigung sind die Verbesserungen beim Bleiberecht zu meinem sehr großen Leidwesen nicht durchsetzbar gewesen.

**Mechthild Rawert □**

## Bildung:

# Zu wenig digitale Bildung

Swen Schulz: Rekordhaushalt mit Verbesserungspotential

**Der SPD-Bildungsexperte Swen Schulz hält den Bildungs- und Forschungsetat des Bundes trotz kräftiger Steigerung um 1,1 Milliarden auf die neue Rekordhöhe von rund 16,4 Mrd. Euro für verbesserungsfähig. Die SPD-Bundestagsfraktion, so Schulz, halte eine Stärkung von Akademien, Weiterbildung, Digitaler Bildung und Investitionen für nötig.**

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart profitieren vor allem Hochschulen und Studierende vom Hochschulpakt (plus 380 Mio. Euro). Zusätzliche Mittel kommen der beruflichen Bildung dem Meister-BAföG und der Digitalisierung der Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zu Gute.

Im Forschungsbereich stellt die Große Koalition mit der Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation den Wissenschaftsorganisationen gut 260 Millionen Euro mehr zur Verfügung. „Ein Ausbau der Forschung an Fachhochschulen und zusätzliche Mittel für Spitzenforschung in den neuen Ländern sind weitere positive Akzente des heute eingebrachten Etatentwurfs 2016“, erklärte Swen Schulz, Hauptberichterstatler im Haushaltsausschuss.

Erfreulich sei zudem, dass sich die Bundesregierung einer realistischen Ansetzung des Deutschlandstipendiums nähert und es lediglich auf dem Niveau des laufenden Jahres fortschreibt. „Das von CDU/CSU vorgegebene Ziel, 1,5% der Studierenden mit diesem Programm zu erreichen, wird damit endlich zu den Akten gelegt“, so Schulz.

Es bleiben aber seiner Ansicht nach auch einige Baustellen für die parlamentarische Beratung des Regierungsentwurfs im Sep-



*Swen Schulz, Spandauer Bundestagsabgeordneter, ist Hauptberichterstatler im Haushaltsausschuss. Foto: privat*

tember: „Die Absenkung bei Weiterbildung und Lebenslangem Lernen, die Nullrunde für die Akademien der Wissenschaften und acatech, ein stagnierender Ansatz für Arbeits-, Dienstleistungs- und Produktionsforschung in Zeiten von Industrie 4.0 und kaum Tempo bei der Digitalen Bildung sind Herausforderungen, die wir angehen wollen. Zudem fehlt bislang - jenseits der technischen Ausrüstung der Berufsbildungsstätten - die klare investive Akzentsetzung für die frei gewordene Mittel von gut 100 Millionen Euro nach dem Wegfall der Minderausgaben für das Betreuungsgeld.“

Die SPD-Bundestagsfraktion, so der SPD-Bundestagsabgeordnete, werde „in den parlamentarischen Beratungen die verschiedenen Punkte diskutieren und sicher die eine oder andere Veränderung am Entwurf vornehmen.“ **PM □**

## Mieten:

## „Mehr Wohngeld - mehr Gerechtigkeit“

**Durch die am 2. Juli 2015 vom Bundestag beschlossene Reform des Wohngeldgesetzes sollen künftig mehr Menschen unterstützt werden.**

Bezahlbarer Wohnraum gehört zu den Grundlagen der Lebensqualität. Das Wohngeld als vorgelagertes Sicherungssystem unterstützt Menschen, für die die Bezahlung der Miete wegen ihres geringen Einkommens zu einer großen Belastung wird.

„Die Reform des Wohngeldgesetzes ist ein Meilenstein sozialdemokratischer Politik in dieser großen Koalition, von der deutschlandweit etwa 870.000 Menschen profitieren werden“, so der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu. „Die Miethöchstbeträge werden nun regional gestaffelt angehoben, wobei sie in Regionen mit stark steigenden Mieten überdurchschnittlich stark erhöht werden. Dies ist gerade für die Mieter in Neukölln eine gute Nachricht, denn hier sind die Mieten in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Nun können sie sich darauf verlassen, dass diese Entwicklung bei der Berechnung der Höhe des Wohngeldes berücksichtigt wird.“

Felgentreu weiter: „Im parlamentarischen Verfahren haben wir den Gesetzentwurf an entscheidender Stelle verbessern können. Wir haben die Bundesregierung dazu verpflichtet, alle zwei Jahre die Mietenhöhen, die Mietenstufen und die Höhe des Wohngeldes zu überprüfen und dem Bundestag zu berichten. Diese Überprüfung muss sich an der bundesdurchschnittlichen und regionalen Entwicklung der Wohnkosten sowie der Veränderung der Einkommensverhältnisse und Lebenshaltungskosten orientieren.“ **PM □**

## Was hilft Griechenland?

Fortsetzung von Seite 1 - Beschluss des SPD-Landesparteitags

**In einem Beschluss des Parteitags im Juni fordert die Berliner SPD, die Verhandlungen mit Griechenland nicht „allein an dem Ziel der kurzfristigen Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands“ festzumachen. Es gehe vielmehr darum, „wirksame Reformen zur Herstellung eines nachhaltigen Finanzrahmens für die Griechenland mit einer Rücknahme oder wenigstens Abmilderung der größten Härten der bisherigen Troika-Politik zu verbinden“.**

Im Beschluss heißt es: „Entscheidend für einen Erfolg des griechischen Reformpro-

gramms sind eine Beendigung der ausschließlich auf einen Haushaltsüberschuss zur Bedienung der Forderungen der internationalen Gläubiger gerichteten reinen Austeritätspolitik der ‚Troika‘, die weiterhin wesentlich von Deutschland forciert wird und die rasche Einleitung einer Politik nachhaltiger Impulse für Wachstum und Beschäftigung im Lande selbst wie in der gesamten EU.“

Die Berliner SPD fordert kurzfristige Maßnahmen auf EU-Ebene, um wieder eine Wachstumsdynamik in Griechenland zu schaffen, auch als „Basis für die Stärkung von Demokratie, menschenwürdigen

Lebensverhältnisse, sozialen Zusammenhalt und die Abwehr rechtsextremistischer und reaktionärer Tendenzen“.

Konkret wird die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer auf einer breiten Basis gefordert, um mehr Gelder für die Investitionsprogramme der EU-Kommission zu gewinnen. Die Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU sollen aufgestockt werden. Für die Finanzmärkte wird eine stärkere Regulierung gefordert, damit bislang für Spekulationsgeschäfte verwendete Mittel wieder in die Realwirtschaft fließen. Die Verursacher der Krise sollen mittels wirksamer Besteuerung von Kapitalerträgen und die Einführung einer einmaligen europäischen Vermögensabgabe auf große Privatvermögen an den Kosten beteiligt werden. **BS □**

Gesundheit:

# Bessere Unterstützung am Lebensende

Mechthild Rawert zur Neuregelung der Hospiz- und Palliativversorgung

**Für uns selbst, unsere Anverwandten und Freunde wollen wir die Gewissheit haben, dass wir in der letzten Lebensphase nicht allein sind und in jeder Hinsicht gut begleitet und versorgt werden. Wir brauchen dazu auch ein flächendeckendes Angebot an Palliativ- und Hospizleistungen. Aus diesem Grunde haben wir GesundheitspolitikerInnen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland in den Bundestag eingebracht. Wir wollen die Palliativversorgung und die Hospizkultur an den Orten, an denen Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen - sei es zu Hause, in Pflegeheimen, Krankenhäusern oder Hospizen - stärken.**

Die Palliativmedizin verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz der Pflege und Betreuung für die schwerkranken Menschen, die nicht mehr geheilt werden können und deren Lebensende bevorsteht. Im Mittelpunkt stehen die Schmerzbehandlung und auch psychologische Hilfen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich eine Menge getan: 8000 ÄrztInnen haben sich als PalliativmedizinerInnen qualifiziert. 20.000 Pflegefachkräfte haben sich weitergebildet. 80.000 Ehrenamtliche kümmern und engagieren sich für sterbende Menschen. Mehr als 1.500 ambulante Dienste, 200 stationäre Hospize, 250 Palliativstationen gibt es bundesweit. Dieses Engagement wird durch das Gesetz besser



Mechthild Rawert ist Expertin für Gesundheitspolitik in der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: SPD Berlin

unterstützt. Zudem werden Versorgungslücken geschlossen.

**Welche Regelungen sieht der Entwurf für ein Hospiz- und Palliativgesetz konkret vor?**

○ Die Palliativversorgung wird ausdrücklicher Bestandteil der Regelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im vertragsärztlichen Bereich werden die Selbstverwaltungspartner der Ärzteschaft und der Krankenkassen zusätzlich vergütete Leistungen vereinbaren - zur Steigerung der Qualität der Palliativversorgung, zur Zusatzqualifikation der Ärzte sowie zur Förderung der Netzwerkarbeit mit anderen an der Versorgung beteiligten Berufsgruppen und Versorgungseinrichtungen.

○ Wir verbessern die finanzielle Ausstattung stationärer Kinder- und Erwachsenen-Hospize. Zu den Zuschüssen für ambulante Hospizdienste sollen künftig neben Personalkosten auch Sachkosten gehören (z.B. Fahrtkosten der Ehrenamtlichen). Sicherergestellt werden soll ein angemessenes Verhältnis von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

○ Sterbebegleitung wird ausdrücklicher Bestandteil des Versorgungsauftrages der sozialen Pflegeversicherung. Wir schaffen eine gesetzliche Grundlage dafür, dass Pflegeheime ihren BewohnerInnen eine Versorgungsplanung zur individuellen und umfassenden medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und seelsorgerischen Betreuung in der letzten Lebensphase organisieren und anbieten können.

○ Die Krankenkassen werden zur individuellen Beratung der Versicherten und zur Hilfestellung bei der Auswahl und Inanspruchnahme der verschiedenen Leistungen und Angebote der Palliativ- und Hospizversorgung verpflichtet.

Die öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag wird am 21. September zwischen 10 und 12 Uhr stattfinden. Interessierte sind herzlich eingeladen, müssen sich dazu aber im Sekretariat des Ausschusses für Gesundheit mit vollständigem Namen, Geburtsdatum und dem polizeilich gemeldeten Wohnort vorzugsweise per E-Mail ([michael.thiedemann@bundestag.de](mailto:michael.thiedemann@bundestag.de)) anmelden. **Mechthild Rawert** □

Finanzpolitik:

## Eine Frage der Steuergerechtigkeit

Studie sieht Spielräume für höhere Spitzensteuersätze

**Die Steuersätze für Unternehmen und die Spitzensätze der Einkommensteuer sind in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und vielen anderen Industrieländern sehr stark gesenkt worden. Der Spielraum für eine höhere Besteuerung von Besserverdienenden und Unternehmen ist größer als vielfach behauptet, so eine aktuelle, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte, Untersuchung. Wenn die Steuer- und Finanzpolitik künftig wieder stärker zugunsten einkommensschwacher Haushalte umverteilen würde, kann davon die gesamte Volkswirtschaft profitieren.**

Bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen habe es in den vergangenen drei Jahrzehnten einen „internationalen Wettlauf nach unten“ gegeben, schrei-

ben die Forscher Sarah Godar, Christoph Paetz und Prof. Dr. Achim Truger von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. In den Ländern, für die OECD-Daten verfügbar sind, sei der Durchschnitt der Steuersätze seit 1981 um mehr als 20 Prozentpunkte gesunken - von 47,5 Prozent auf 27,3 Prozent. In Deutschland betrug der Rückgang sogar gut 30 Prozentpunkte - von 60 auf 30,2 Prozent.

Auch die persönlichen Einkommensteuern seien stark zurückgegangen. So lag der Spitzensteuersatz im Jahr 1981 in den OECD-Ländern bei durchschnittlich 65,7 Prozent, im Jahr 2010 nur noch bei 45,8 Prozent. In Deutschland sank er im selben Zeitraum um immerhin 8,5 Punkte von 56 auf 47,5 Prozent (inkl. Solidaritätszuschlag). Zudem seien viele Regierungen dazu übergegangen, Kapitaleinkommen geringer zu

besteuern als Arbeitseinkommen - in Deutschland etwa durch die umstrittene Abgeltungsteuer. Dadurch sei die Steuergerechtigkeit „zunehmend infrage gestellt“ worden, schreiben die Forscher.

Ein höherer Grad an Progression - also ein Steuersystem, das hohe Einkommen und Gewinne stärker belastet als bisher - könne sogar vorteilhaft für die Volkswirtschaft sein. Der Staat könne höhere Einnahmen für mehr öffentliche Investitionen nutzen, was sich positiv auf das Wachstum auswirke. Außerdem steigere eine stärkere Umverteilung zugunsten einkommensschwacher Haushalte den privaten Konsum und so die Nachfrage. Es gebe aktuell „erheblichen Spielraum“ zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen, der Unternehmenssteuersätze und der Steuern auf Kapital und Vermögen. **BS** □

Berlin-Literatur:

# Die ewig unfertige Stadt

Peter Schneiders persönliches Berlin-Buch

„Berlin ist das Aschenputtel unter Europas Hauptstädten - und doch will jeder dorthin“, so führt der Schriftsteller Peter Schneider seine Leserschaft zu einem aufschlussreichen Panorama Berlins als „ewig unfertige Stadt“.

Es ist eine vielschichtige Innensicht, persönlich gefärbt, die mal wohlwollende Zustimmung, mal Skepsis auslöst. Schneider, 1940 in Lübeck geboren, lebt seit seiner Studentenzeit ab 1962 in Berlin, unverkennbar West-Berlin. Er war Akteur der 68er, erfolgreicher Autor von Romanen und Essays. Mit seinen Werken „Lenz“ (1973) und „Schon bist du ein Verfassungsfeind“ (1975) beeinflusste er nachhaltig die politische Debatte,

Sein jüngstes Buch ist eine persönliche Reflektion, authentisch, reich an verbürgten Anekdoten und führt hier auch in das Berlin-West und Berlin-Ost der Vorwendezeit. Es erschließt den Alteingesessenen



phäre in Techno-Clubs; er porträtiert Akteure für Menschenrechte. Schneiders Bild von Berlin ist farbig, aber nicht geschönt - wie schon der Titel sagt. **Gunter Lange** □

➔ Peter Schneider, *An der Schönheit kann's nicht liegen ...* Berlin - Porträt einer ewig unfertigen Stadt, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2015, 330 Seiten, 19,99 Euro

wie den Neu-Berlinern interessante neue Facetten der Stadt.

Schneider schreibt, mal mit Empathie, mal mit Wut, was ihn auf den Nägeln brennt, seien es Fehlgriffe in der Stadtarchitektur, oder die überraschende Atmosphäre

Zeitgeschichte:

# Ein Minister erinnert sich

Hans Otto Bräutigam über seine „Brandenburger Jahre“

Im August und September ist Hans Otto Bräutigam unterwegs auf Lesereise in Brandenburg. Vorstellen wird er sein Buch über seine „Brandenburger Jahre“ u.a. in verschiedenen Dorfkirchen.

Hans Otto Bräutigam leitete in den 1980er-Jahren die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR. Nur ein knappes Jahr vor dem Mauerfall wurde er UN-Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und musste die Ereignisse des Herbstes 1989 aus der Ferne beobachten, bis ihn der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe in sein Kabinett berief.

In seinem Buch erinnert er sich an seine Jahre als Justizminister in Potsdam, porträtiert Persönlichkeiten und Wegbegleiter wie Regine Hildebrandt, Manfred Stolpe, Matthias Platzeck, Lothar Bisky oder Stefan Heym. Er beschreibt seine Sicht auf den Einigungsprozess, auf die positiven wie negativen Folgen der Entwicklung, auf Verwerfungen, wie Arbeitslosigkeit und rechtsextremistische Gewalttaten in Brandenburg. In einer Tour d'Horizon werden entscheidende Ereignisse der Neunzigerjahre gestreift, wie der Umgang mit dem SED-Unrecht und die Rehabilitierung der Opfer des SED-Regimes, der Abzug der russischen Truppen im Sommer 1994, die 1996



Hans Otto Bräutigam, *Meine Brandenburger Jahre, Ein Minister außer Diensten erinnert sich*, 280 Seiten, 34 Abbildungen, Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN: 978-3-945256-24-4, EUR 22,99

gescheiterte Fusion von Berlin und Brandenburg und die Oderflut 1997.

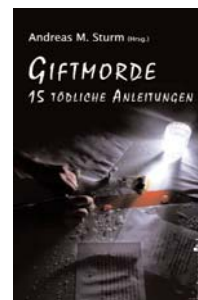
Besonders nahe geht Hans Otto Bräutigam der Rückblick auf die Auseinandersetzung um die Vergangenheit von Manfred Stolpe, der sich mit dem Vorwurf konfrontiert sah, er sei Stasi-Spitzel gewesen. Die mit Polemik geführte Debatte hatte eine tiefergehende Bedeutung für den Umgang mit DDR-Geschichte und den Biografien der Ostdeutschen. **PM** □

➔ Lesungen: Sonntag, 30. August 2015, 15:00 Uhr Dorfkirche Nudow, Nudower Dorfstraße 36, 14558 Nudow; Sonntag, 20. September 2015, 15:00 Uhr, Dorfkirche Nennhausen; Freitag, 25. September 2015, 19:30 Uhr, Klosterscheune Zehdenick, Am Kloster, 16792 Zehdenick

Sommerlektüre:

# Mörderische Geschichten

Mit viel Erfolg waren etliche Autorinnen der Krimivereinerung „Mörderische Schwestern“ immer wieder bei Lesungen in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Einige von ihnen haben an neuen Kurzkrimi-Sammlungen mitgewirkt, die im kleinen Leipziger fhL-Verlag erschienen sind und sich gut als Urlaubslektüre eignen.



„Wir bitten Abstand zu behmen, die Anleitungen nachzumachen oder zu testen“, lautet der Sicherheitshinweis auf dem Buchumschlag. Im Band „Giftmorde“ hat Herausgeber And-

reas M. Sturm 15 kleine Geschichten versammelt, in denen Pflanzen nicht nur wegen ihrer Schönheit gehegt und gepflegt werden. Ein weiterer Band aus der Reihe „Giftmorde“ ist soeben erschienen.

Es sind kurze Erzählungen, die es in sich haben, da entstehen auf wenigen Seiten kleine Psychogramme, Motive werden erhellt. Und man erfährt - wie bei Martina Arnolds „Das Prickeln“ - nicht nur etwas über Beziehungsstrukturen, sondern auch über die Wirkung von Blauem Eisenhut. Schwarz-Weiß-Abbildungen zeigen die Tatwaffen.

Die stimmungsvollen Tatorte stehen in der Anthologie „Sakrament des Todes“ im Mittelpunkt. Hier geht es um 13 Morde auf heiligem Boden, um Heiligkeit und Scheinheiligkeit, um Glauben und Furcht, Hoffnung und Geheimnisse. Wer im Urlaub auch die eine oder andere heilige Stätte besucht, findet hier die spannende Geschichte dazu. **uh** □

Sakrament des Todes, Andreas M. Sturm (Hrsg.), 208 Seiten, Preis € 12,00, ISBN 978-3-942829-58-8 (eBook epub € 7,99)

Giftmorde, Andreas M. Sturm (Hrsg.), 222 Seiten, Preis € 12,00, ISBN 978-3-942829-08-3 (eBook epub € 7,99)



Biographien:

# Finanziers der Meinungsfreiheit

## Fuchs, Gerson und Simon: Spurensuche nach den Unterstützern von Rosa Luxemburg

**Eine Diskussionsveranstaltung der SPD Steglitz-Zehlendorf zur Bewilligung der Kriegskredite gab den Anstoß: Hier berichtete Ottokar Luban, dass die wesentlichen Akteure der SPD-Parteilinken 1914 in Steglitz wohnten: Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht. Luban nannte den „Eisbrecherkreis“ um Luxemburg und Hermann Duncker, der sich am 2.12.1914 in Steglitz traf, und den Namen eines Zehlendorfer Genossen als Finanzier: Eduard Fuchs. Über ihn und weitere Finanziers der politischen Arbeit Rosa Luxemburgs - Julius Gerson und Hugo Simon - hat der Dahlemer Abteilungsvorsitzende Burkhard Zimmermann weitere Informationen zusammengetragen.**

Eduard Fuchs (geboren 1870 in Göppingen, gestorben Januar 1940 in Paris) begann seine politische Tätigkeit im Stuttgarter Raum. Er war mit Pausen immer wieder politisch in der Sozialdemokratie tätig, arbeitete zudem als Karikaturist und Journalist insbesondere für sozialdemokratische Zeitungen. Wegen Majestätsbeleidigungen saß er 1887-88 anderthalb Jahre im Gefängnis, wo er Stricken und Nähen lernte.

In den 90er Jahren lebte und arbeitete er vor allem in München, dort agierte er maßgeblich in der Redaktion der „Münchener Post“ und des „Süddeutschen Postillon“. Obwohl der bayrische SPD-Vorsitzende Georg von Vollmar als Wortführer eine sehr reformistische Linie (Eldorado-Reden) in der Partei vertrat, verfolgte Eduard Fuchs einen dezidiert parteilinken Kurs.

Fuchs wurde reaktioneller Berater des Vorwärts und Herausgeber der regelmäßigen Beilagen und der Mai-Zeitungen. Sein großer Förderer war dabei der Parteikassierer Richard Fischer. 1908 endete seine Tätigkeit nach mehrjähriger massiver Diskussion der Parteirechten.

Fuchs betätigte sich die ganze Zeit als Kunsthändler (insbesondere für Honore Daumier und Max Slevogt). Sein großes Geld machte er mit seiner Sittengeschichte, seitdem trug er den Beinamen Sittenfuchs.

1901 zog er nach Berlin; 1918 kaufte er sein Berliner Haus: die Villa Perls, Herrmannstr. 14/Quermatenweg 6 in Zehlendorf, einen der ersten Bauten von Mies van der Rohe, den er durch eben denselben 1928 noch erweitern ließ.

Das Haus ist noch vorhanden - heute als Schule genutzt, mit Gedenktafel für Mies van der Rohe.

Im Ersten Weltkrieg engagierte sich



Grabdenkmal für Rosa Luxemburg in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde.

Foto: Horb

Fuchs sowohl im oben genannten Eisbrecherkreis als auch im Bund Neues Vaterland, der sich aus pazifistischen Gründen gegen den ersten Weltkrieg engagierte als auch seit 1913 mit Karl Liebknecht im Vorstand des „Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und die Verbannten Russlands“.

### DER MANN IM SCHATTEN

Als Kunsthändler konnte Fuchs viel reisen, er war der „Mann im Schatten“, er nahm an der Zimmerwalder Konferenz der Kriegsgegner 1916 teil, wie auch an der zweiten Konferenz in Stockholm mit Georg Ledebour, Arthur Stadthagen, Hugo Haase und Käte Duncker. Er vertrat die KPD mit Paul Levi auf dem 2. Kongress der III. Internationale.

Im Dezember 1918 war er als Bote in Moskau unterwegs - er kam nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wieder nach Berlin zurück. Mit dem Austritt von Paul Levi aus der KPD endet die Tätigkeit von Fuchs für die Zentrale; er blieb zwar anfangs in der KPD, entfremdete sich aber. Fuchs war an der Errichtung des Denkmals in Friedrichsfelde maßgeblich beteiligt, er vermittelte den Kontakt zu Mies van der Rohe, dessen Entwurf dort verwirklicht wurde und der in diesen Jahren auch die Villa Perls erweiterte.

Er engagierte sich in der Gesellschaft der Freunde Russlands, deren Mitglieder und Sympathisanten viele fortschrittliche Personen der Berliner Kultur, Wissenschaft

und Politik vereinigten. Sein Zehlendorfer Haus war Treffpunkt vieler internationaler Gäste, auch Trotzki wohnte hier, als er auf dem Weg ins Exil über Berlin fuhr.

Fuchs politische Bedeutung sinkt zunehmend. Er engagiert sich für den Nachlaß von Franz Mehring, zu dessen offiziellen Nachlaßverwalter ihn Eva Mehring bestimmte. Deswegen holt er 1928 August Thalheimer aus Moskau zurück.

Fuchs tritt 1928 aus der KPD aus, engagiert sich mehr und mehr in der KPO. Fuchs verhandelt mit dem Berliner Bürgermeister Gustav Böß und dessen Nachfolger Sahm über eine Schenkung seines Karikaturen-museums an die Stadt. 1933 flüchtet er rechtzeitig über die Schweiz nach Frankreich. Dort stirbt er 1940.

SPENDEN VON TILLA DURIEUX

Der zweite Finanzier war Julius Gerson, ebenfalls Zehlendorfer Sozialdemokrat, der im Dahlemer Im Dol 23 wohnte und Besitzer der „Pittius“-Druckerei in der Köpenicker Str. 110 (gegenüber des Heizkraftwerkes) war. Davon gibt es keine Spuren. An der Stelle ist nur die Lilienthalsche Fabrik dokumentiert.

Sowohl Fuchs als auch Gerson beschäftigten Leo Jogiches, zeitweiliger Lebensgefährte Rosa Luxemburgs und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), für Projekte. Fuchs übergab regelmäßig Geld an Mathilde Jakob zur Finanzierung der Wohnung von Rosa Luxemburg; dieses Geld stammt größtenteils von der großen Schauspielerin Tilla Durieux, der Frau des Verlegers Eugen Cassirer.

Gerson unterstützte auf Vermittlung von Luise Kautsky massiv Käthe und Hermann Duncker und ihre Kinder. Familie Duncker verkehrte in der Gersonschen Dahlemer Villa, als Käte länger erkrankt war, und die kleinen Söhne Wolfgang und Karl wohnten wohl auch dort. Julius Gerson wahrte mindestens nach außen ein wenig Distanz: Er unterstützte, wo er nur konnte durch Beschäftigung und Hilfe, ein Druck von Spartakus-Briefen oder der Fürst Lichinowsky-Broschüre war ihm nicht nachzuweisen. Auch nicht, als Julius Gerson im Februar 1918 wenige Tage in Untersuchungshaft genommen wurde.

Andererseits war Gerson persönlich sehr konsequent, seit 1898 war er Sozialdemokrat, ab 1917 USPD-Mitglied. Er pflegte regelmäßigen Kontakt mit Franz Mehring, mit Hugo Haase, mit Robert Dittmann sowie Klara Zetkin. Schon vor 1914 engagier-

**Fortsetzung Seite 15**

**Fortsetzung von Seite 12**

te er sich in pazifistischen Kreisen des Bund Neues Vaterland um Hellmut Gerlach. Sein Haus war regelmäßiger Treffpunkt.

In den zwanziger Jahren engagierte sich Julius Gerson in der Liga für Menschenrechte; 1933 musste er ins französische Nizza emigrieren, die Druckerei wurde arisiert. Gerson ist im KZ umgekommen.

Ein weiter Zehlendorfer Name gehört zur Gruppe der Finanziers: Hugo Simon (1880 -

1950 Sao Paulo). Simon war Bankier des Bankhauses Bett, Simon & Co., er war SPD-Mitglied, später in der USPD, wohnte in der Heidestr. 21 in Zehlendorf, das soll heute die Busseallee 17 sein.

#### BANKIER UND KRIEGSGEGNER

Simon war ebenfalls Mitglied und Unterstützer des Bund Neues Vaterland. Er war im preußischen Rat der Volksbeauftragten

neben Albert Südekum Finanzminister bis zum Rückzug der Unabhängigen aus dem Vollzugsrat.

Simon war Aufsichtsratsvorsitzender der AHAG, der Gesellschaft von Adolf Sommerfeld (Onkel-Tom usw.), Aufsichtsrat der Terrain-AG Botanischer Garten Zehlendorf-West, beim S.Fischer-Verlag und bei Ullstein, Bankier des Verlegers Cassirer. Hugo Simon wird immer wieder im Zusammenhang mit Finanzierungsaktionen der Kriegsgegner genannt. **B. Zimmermann** □

**Gedenken:**

## Von der Leugnungs- zur Erinnerungskultur

Türkisch-deutsche Diskussion im August Bebel Institut

**Wie erinnern? Erfahrungen der Aufarbeitung des Genozid an den Armenier\*innen und des Holocausts standen im Mittelpunkt eines türkisch-deutschen Austausches im August Bebel Institut.**

Wie kommt man von einer Leugnungs- zu einer Erinnerungskultur? Diese Frage stellte der Istanbul Architekt Zakarya Mildanoglu in den Mittelpunkt seines Beitrags bei der Veranstaltung „Nasil hatirliyoruz? / Wie erinnern?“ Mildanoglu kam auf Einladung der migrantischen Selbstorganisation AKEBI e.V., die zusammen mit dem August Bebel Institut die Veranstaltung organisiert hat, nach Berlin.

Vor dem Hintergrund des 70. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus und dem 100. Jahrestags des Völkermordes an Armenier\*innen wurde über Erinnerungskulturen diskutiert. Es sind authentische Orte, Wohn- und Geschäftsorte, Gotteshäuser, Friedhöfe u.a. die in beiden Erinnerungskulturen eine hohe Bedeutung haben.

Eindrucksvoll berichtete Mildanoglu an Hand von Bildern, wie armenische Bauwerke auch noch nach 1915 verschwanden. Von 2.300 armenischen Klöstern und Kirchen, die es im Jahre 1915 auf dem Gebiet der Türkei gab, sind heute noch 35 übrig.

In Orten wie Kayseri, von dem aus sich einst das armenische Christentum entwickelte, ist davon nichts mehr zu sehen. Klöster, die teilweise um 1950 noch in Betrieb waren, wurden später als Steinbruch für den Bau neuer Wohnhäuser genutzt. An den Mauern vieler Häuser sind deshalb in manchen Orten alte armenische Inschriften zu sehen.

Die Geschichte lässt sich offenbar doch nicht auslöschen. Ein kunsthistorisch bedeutendes Hamam wird heute teilweise als Karateschule genutzt. Über einer Tür steht die Aufschrift: „Disziplin ist wichtiger als Kultur.“ Eine Haltung, die Mildanoglu „Leugnungskultur“ nennt.

Die Künstlerin Silvina Der-Meguerditchian hob hervor, dass viele Armenier\*innen auch im Ausland erst jetzt beginnen, ihre armenische Herkunft nicht mehr zu verleugnen. Nicht zuletzt seit dem Mord an dem armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink entwickeln sich aber zivilgesellschaftliche Initiativen, die an den Völkermord und das armenische Leben vor 1915 erinnern wollen.

Auch der Weg in Deutschland zu einer aktiven Erinnerungskultur an den Holocaust war lang und schwierig. Die Berliner Abgeordnete Susanna Kahlefeld stellte exemplarisch die Geschichte einer Synagoge im nordbadischen Ort Hemsbach vor. Das Gebäude wurde 1938 enteignet, bis in die 1970 Jahre zunächst als Unterkunft für Flüchtlinge dann für Gastarbeiter\*innen genutzt und erst Anfang der 1980er Jahre wurde - ausgelöst durch ein Schulprojekt - mit ihrer Wiederherstellung und Aufarbeitung ihrer Geschichte begonnen.

Dieser Prozess war nicht konfliktfrei. Beispielsweise hatte eine stadtbekanntes Familie nach der Deportation jüdischer Bewohner\*innen günstig deren Möbel erworben.

In der Diskussion der über 50 Teilnehmer\*innen der Veranstaltung ging es dann um die Möglichkeiten, von einander zu lernen. Dabei unterstrich Martin Düspohl, Leiter des Friedrichshain-Kreuzberg Museums, dass in beiden Fällen zivilgesellschaftliches Engagement ein zentraler Aspekt in der Erinnerungskultur ist.

Es ging und geht hier wie dort nicht nur darum Baudenkmale wiederherzustellen, sondern auch Räume für Dialoge der Nachkommen von Opfern und Täter\*innen zu initiieren. Zivilgesellschaftlicher Austausch hilft gemeinsam Expertisen aufzubauen und auch die Verwobenheit der Geschichte zwischen Deutschland und der Türkei zu bearbeiten.

**Ingo Siebert** □



Broschüre zum 10. Todestag von Ilse Reichel.

**Gedenken:**

## Vor 90 Jahren wurde Ilse Reichel geboren

**Im Wedding wurde sie am 13. Juli 1925 als Ilse Pottgießer geboren, in der Genossenschaft Freie Scholle in Reinickendorf wuchs die spätere Berliner Jugendsenatorin und Parteilinke Ilse Reichel auf.**

„Ilse Reichels Leben begann sieben Jahre vor dem Beginn eines Regimes, das sich ‚nationaler Sozialismus‘ nannte, und ihr Leben endete vier Jahre nach dem Sturz eines anderen Sozialsystems, das sich als ‚realer Sozialismus‘ ausgeben hatte“, so Manfred Rexin in der Traueransprache 1993. „In einem Jahrhundert, in dem die Vision eines demokratischen, freiheitlichen Sozialismus von zwei totalitären Regimen bedrängt wurde, war es zu keiner Zeit leicht, eine soziale Demokratin mit dem Anspruch auf gesellschaftlichen Wandel zu sein.“

Von 1959 bis 1962 war Ilse Reichel Mitarbeiterin der Berliner Jugendsenatorin Ella Kay, von 1965 bis 1971 war sie Bezirksstadträtin für Jugend und Sport in Reinickendorf. Von 1971 bis 1981 war sie selbst Senatorin. Bis 1989 blieb sie Abgeordnete.

Ilse Reichel hat viel erreicht. Ihr ist der erste Abenteuerspielplatz der Stadt in Reinickendorf zu verdanken. Im Jahre 1976 eröffnete sie das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik. „Ilse Reichel war eine einzigartige Chefin“, so der ehemalige SPD-Landesvorsitzende Detlef Dzembitzki. „Hütet Euch vor Vorbildern, wählt Euren eigenen Weg, benutzt nicht die Fußspuren anderer, waren drei ihrer Ratschläge.“ Am 17.12.1993 starb sie in Berlin. **BS** □

## Gedenkstättenfahrt:

# Demokratie verankern

August Bebel Institut lädt zur Fahrt nach Buchenwald und Weimar

**Die Themen Rechtsextremismus und Demokratie stehen im Mittelpunkt einer Gedenkstättenfahrt, die das August Bebel Institut vom Freitag, dem 23. Oktober 2015 bis Sonntag, dem 25. Oktober nach Buchenwald und Weimar anbietet. Bis zum 15. September ist die Anmeldung möglich.**

Weimar, die Stadt der deutschen Klassik, ist tolerant und weltoffen. Viele Bürger\*innen engagieren sich für Demokratie und setzen sich gegen organisierten Rechtsextremismus zur Wehr – denn u.a. nahm hier der Terror des NSU seinen Ausgang. Und dieses Jahr wurde eine 1. Mai-Kundgebung von Nazis angegriffen.

Vor 70 Jahren wurde Deutschland von der Diktatur der Nationalsozialisten befreit. Nicht befreit ist das Land von rechts-extremen Umtrieben und von dem Problem, wie der Wert eines demokratischen Systems und die Notwendigkeit des Engagements in der Gesellschaft verankert werden kann.

Das August Bebel Institut lädt zur Erkundung einer der bedeutendsten Stätten des NS-Terrors in das ehemalige KZ Buchenwald. Zugleich soll die Fahrt einen Eindruck über die aktuelle Situation in Thüringen vermitteln.

Zum geplanten Programm gehören eine Führung durch das ehemalige KZ Buchenwald, ein Empfang und ein Gespräch bei Stefan Wolf, Oberbürgermeister der Stadt Weimar, eine Diskussion mit dem Mobilen Beratungsteam Thüringen und dem Bündnis gegen Rechts Weimar über Rechtsextremismus und demokratisches Engagement in Thüringen.

## Ausstellung:

## Topos Widerstand

Die Kohlenhandlung von Julius Leber als Lern- und Gedenkort

**Mit „Topos Widerstand: Lebers Kohlenhandlung“ eröffnet das August Bebel Institut am Freitag, dem 28. August um 19 Uhr eine Ausstellung, die einen Ort darstellt, an dem Widerstand gegen das NS-Regime organisiert wurde.**

Erinnerungskultur ist mit authentischen Orten verbunden. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand hat ihren Ort in dem Gebäude, wo das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 geplant wurde, wo man Stauffenberg und seine Vertrauten ermordete. Der Widerstand eines anderen Beteiligten an der Vorbereitung des Attentats, des Sozialdemokraten Julius Leber, wurde konspirativ von einer Kohlenhandlung in Berlin-



Gedenkstätte Buchenwald. Foto: Paperpress

Im Stadtmuseum Weimar gibt es eine Führung durch die Sonderausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“. Alternativ werden zwei politische Stadtführungen durch Weimar angeboten: „Gefeiert und missbraucht - Weimar als Instrument der Politik“ oder „Historische Orte der Wende“.

Als Zusatzangebot kann eine Führung von »Lotte in Weimar« nach Thomas Mann im Theater im Gewölbe besucht werden (Karten 15,50 oder 20,50 €) □

➡ Abfahrt am Freitag, 23. Oktober 2015, 13 Uhr. Ankunft am Sonntag, 25. Oktober 2015, 21 Uhr. Übernachtung mit Halbpension im Doppelzimmer im Comfort Hotel Weimar. Teilnahmebeitrag max. 150,00 € Einzelzimmerzuschlag 28,00 €. Anmeldung bis 15. September 2015 beim August Bebel Institut per E-Mail: [anmeldung@august-bebel-institut.de](mailto:anmeldung@august-bebel-institut.de)

Schöneberg aus organisiert. Das Gebäude der Kohlenhandlung, wie sie von Annedore Leber in den 1950er Jahren betrieben wurde, steht noch. Eine Bürgerinitiative möchte hier einen Lern- und Gedenkort schaffen.

Der Fotograf Berthold Prächt hat das Gebäude der Kohlenhandlung, wie es heute steht, sein Umfeld und die Menschen im Bild festgehalten. Ergänzt werden diese Bilder durch Fotos von Annedore und Julius Leber, ihrem Widerstand gegen Hitler und Kampf für die Demokratie. PM □

➡ 28.8., 19 Uhr, Galerie, Müllerstr. 163, ua. mit Berthold Prächt, Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Anmeldung: [anmeldung@august-bebel-institut.de](mailto:anmeldung@august-bebel-institut.de)

## Unterstützung:

## Benefizkonzert für syrische Flüchtlingskinder

**Als praktische Ergänzung seiner politischen Anstrengungen unterstützt der Fachausschuss Internationales der Berliner SPD das Benefizkonzert des Ibn Rushd Fund für Freies Denken im arabischen Raum, das am 14. Juli 2015 um 19.30 Uhr im Festsaal des Roten Rathauses unter der Schirmherrschaft der Europa-Beauftragten des Senats von Berlin, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, stattfindet.**

Die Idee, ein Konzert zugunsten von Flüchtlingen zu veranstalten, entstand im letzten Winter, als Demonstrationen und Gewaltaktionen gegen Flüchtlinge bzw Flüchtlingsheime begannen. Dem Ibn Rushd Fund schien es nötig, deutlich dazu beizutragen, dass die hier in Berlin und generell in Deutschland lebenden Flüchtlinge nicht nur als Kostenfaktor wahrgenommen werden, sondern als Menschen, die einen großen Kulturschatz mitbringen, mit dem sie unsere Empfangsgesellschaft bereichern. Aus diesem Grund sind der Großteil der mitwirkenden Musikerinnen und Musiker selbst Flüchtlinge, sei es in jünger oder länger zurückliegenden Vergangenheit. Die musikalischen Beiträge werden ergänzt von literarischen Interventionen, bestehend aus Texten zu Totalitarismus, Zerstörung, Vertreibung, und der Erfahrung des Exils, geschrieben von Autorinnen und Autoren mit dieser Problematik im Hintergrund. Fast alle Mitwirkenden leben derzeit in Berlin, dazu kommen ein Chor aus Bremen und ein Duo aus Paris.

Der Ibn Rushd Fund eV, ist ein deutsch-arabischer Verein, der sich der Förderung des Freien Denkens in der Arabischen Welt verschrieben hat. Dazu verleiht er einmal im Jahr den Ibn Rushd Preis, der in diesem Jahr im Bereich Gefängnisliteratur ausgeschrieben ist. Außerdem veranstaltet er die Ibn Rushd Lectures sowie den Monatlichen Diwan al-Falsafa, einen philosophischen Salon.

Um die angestrebte Spendensumme zu erzielen, wird ein Betrag von 20 € oder mehr empfohlen. Alle Spenden sind steuerlich absetzbar und gehen zu 100% an die unterstützten Projekte vor Ort, da sämtliche Organisatorinnen und Organisatoren ehrenamtlich arbeiten und entstehende Kosten vorab eingeworben wurden. PM □

➡ Benefizkonzert für syrische Flüchtlingskinder, 14. Juli 2015, 19:30 Uhr (Einlass 18:45 Uhr), Festsaal des Roten Rathauses, Anmeldung: [www.ibn-rushd.org/konzert](http://www.ibn-rushd.org/konzert), Tel 030-2960685, Fax 030-44650219 Email [contact@ibn-rushd.org](mailto:contact@ibn-rushd.org)



## TERMINE

- 11.07.2015, 20:00, Eva Högl, MdB - Mitte,, **Sommerparty mit Eva Högl**, ACUD MACHT NEU, Veteranenstraße 21, 10119 Berlin
- 11.07.2015, 11:00 - 12:00, SPD Spandau - Abt. Wilhelmstadt, **Infostand mit Raed Saleh**, MdA. Mit dabei u.a. auch der Vorsitzende der SPD-Wilhelmstadt und Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Spandau Christian Haß, Infostand vor Lidl, Seeburger Str. 18, 13581 Berlin
- 12.07.2015, 10:00 - 12:45, SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen: Bustour zum Thema Wohnungsbau in Treptow-Köpenick**, Köpenick, Schlossplatz, 12555 Berlin. Mit Baustadtrat Rainer Hölmer, Vorstellung Bauprojekte u.a. mit Baustellenbesichtigung. Platzgarantie nur nach vorheriger Anmeldung im Kreisbüro: Tel.: 6549 6204 oder Bue-ro@spd-tk.de
- 13.07.2015, Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, 07:30 - 08:30 U-Bahnhof Blissestraße Ecke Berliner Straße, 10715 Berlin, 10:00 - 11:30, **Infostand** Wochenmarkt, Mainzer Straße, 10715 Berlin
- 13.07.2015, 17:00, **Cansel Kiziltepe, MdB Friedrichshain-Kreuzberg, Bürgersprechstunde** Wahlkreisbüro Friedrichshain, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 13.07.2015, 16:00 - 17:00, **Frédéric Verrycken, MdA Charlottenburg-Nord, Bürgersprechstunde**, Stadtteilzentrum Halemweg, Halemweg 18, 13627 Berlin
- 13.07.2015, 19:00, Schwusos (Queersozi) Berlin, **Saisonteam-Treffen**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 14.07.2015, 17:00 - 19:30, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro von Dr. Fritz Felgentreu, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte telefonisch anmelden 030 / 56821111
- 14.07.2015, 20:00, Dr. Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Stammtisch „Fritz & Friends“**, Café Selig, Herrfurthplatz 14, 12049 Berlin
- 14.07.2015, 15:00 - 17:00, Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, **Café Klatsch mit Franziska Becker**, Wahlkreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10715 Berlin
- 14.07.2015, 19:30, Ibn-Rushd-Fund, **Großes Benefizkonzert für Syrische Flüchtlinge**, Rotes Rathaus, Rathausstraße, 10178 Berlin
- 14.07.2015, 14:00, **Eva Högl, MdB - Mitte, Sprechstunde**, Spielplatz auf dem, Stephanplatz, 10559 Berlin
- 14.07.2015, 16:00, **Eva Högl, MdB - Mitte, Sprechstunde** Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
- 14.07.2015, 18:30, **Fachausschuss Europa + SPE AktivistInnen, Sommerstammtisch**, Clärchens Ballhaus, Auguststraße 24, 10117 Berlin
- 15.07.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde** Bürgerbüro von Karin Halsch, MdA., Am Berl 13, 13051

### Mitte:

## Sommerparty mit Eva Högl

**Wie jedes Jahr nutzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl die Sommerpause für ihre Sommertour, in der sie zwei Wochen lang jeden Tag Vereine, Unternehmen und Projekte in ihrem Wahlkreis besuchen wird. Den Auftakt der Sommertour macht die traditionelle Sommerparty.**

Die Sommerparty findet am Samstag, den 11. Juli statt. Ab 20 Uhr können gemeinsam im ACUD MACHT NEU in der Veteranenstraße 21 die letzten Sonnenstrahlen des Tages genossen werden und bei kühlen Getränken gibt es Gelegenheit, miteinander ins Gespräch kommen.

- 15.07.2015, 16:00, **Cansel Kiziltepe, MdB Friedrichshain-Kreuzberg, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Kreuzberg, Urbanstraße 1, 10961 Berlin

- 15.07.2015, 17:00, **Dr. Eva Högl, MdB Mitte, Sprechstunde**, Kreativhaus Fischerinsel, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

- 15.07.2015, 19:30, AGS Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Berlin, **Positionen der AGS zum Landeswahlprogramm**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

- 16.07.2015, 15:30, Daniel Buchholz, MdA Spandau, **Der Regierende Bürgermeister Michael Müller zu Gast bei Daniel Buchholz**, Bürgerbüro von Daniel Buchholz, MdA., Quellweg 10, 13629 Berlin. Der Regierende Bürgermeister von Berlin kommt nach Spandau. Er überbringt zum einjährigen Geburtstag des Bürgerbüros Glückwünsche und steht bei Kaffee und Kuchen in lockerer Runde für Gespräche bereit.

- 16.07.2015, 10:00 - 12:00, Ole Kreins, MdA - Friedrichsfelde, **Sozialberatung im Rahmen der Sozialgesetzbuchgebung (II und III)**, Bürgerbüro von Ole Kreins, Heinrichstraße 1, 10317 Berlin

- 16.07.2015, 15:00, **Eva Högl, MdB - Mitte, Sprechstunde**, Moabiter Stadtschloss, Rostocker Straße 32, 10553 Berlin

- 17.07.2015, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Bundesplatz-Kino - Café, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

- 17.07.2015, 16:00, **Eva Högl, MdB - Mitte, Sprechstunde**, Drop Inn, Ackerstr. 120, 13355 Berlin

- 21.07.2015, 19:30, Dr. Susanne Kitschun, MdA Friedrichshain, **Lesung: Kleine Friedrichshain-Geschichte mit Dirk Moldt**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin

- 21.07.2015, 15:00, AG 60 plus Spandau, **Selbstbestimmt vorsorgen: Betreuungsverfügung, Vorsorgevollmacht und Pa-**

**tienten-Testament**, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

- 21.07.2015, 17:00, Eva Högl, MdB - Mitte, **Rundgang durch das Humboldt-Forum**, Treffpunkt Humboldt-Box, Schloßplatz 5, 10178 Berlin. Interessenten werden gebeten sich per E-Mail anzumelden: eva.hoegl.mao6@bundestag.de

- 22.07.2015, 16:30 - 18:15, AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der Berliner SPD, **Berlin ohne Barrieren - Zukunftsmusik oder bald Realität?** Diskussion mit dem Senator für Stadtentwicklung Andreas Geisel und Ole Kreins, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus. AWO Landesverband, Blücherstraße 62, 10961 Berlin, wichtig für SFD: Eingang ab 17.00 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes - über die Brachvogelstraße

- 22.07.2015, 15:00, Eva Högl, MdB - Mitte, **Stadtspaziergang mit der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt**, Treffpunkt ver.di Berlin, Köpenicker Straße 30a, 10178 Berlin

- 22.07.2015, 19:00, Fachausschuss Soziale Stadt - Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, **Wohnungspolitik für Berlin - die Sicht des Finanzsenators Matthias Kollatz-Ahnen**, SPD Kreisbüro Friedrichshain-Kreuzberg im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

- 23.07.2015, 16:00 - 17:00, Dilek Kolat, MdA - Schöneberg, **Ehrenamtliche Arbeitsrechtsberatung mit RA Edmund Fleck**, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdA., Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin

- 24.07.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdA - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin. Bitte anmelden per Mail: mail@thomas-isenberg.de

- 27.07.2015, 16:00, Dilek Kolat, MdA - Schöneberg, **Ausstellungseröffnung: KinderKunst-Kita Fehlerstraße**, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdA, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin

- 31.07.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdA - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin. Bitte anmelden per Mail: mail@thomas-isenberg.de

- 05.08.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdA, Am Berl 13, 13051 Berlin

- 12.08.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdA, Am Berl 13, 13051 Berlin

- 18.08.2015, 17:00 - 18:00, **Dr. Susanne Kitschun, MdA Friedrichshain, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin. Anmeldung und Rückfragen unter der Telefonnummer 030 / 23 25 22 13

- Alle Termine immer aktuell: [www.spd-berlin/termine](http://www.spd-berlin/termine)

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## KREISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD mit den aktuellen Öffnungszeiten:

■ **Mitte**, Susanne Fischer, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Dienstag 10-13 Uhr, Donnerstag 11-14.00 Uhr, Freitag 10-13 Uhr und nach Vereinbarung, E-Mail: mitte@spd-berlin.de

■ **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Peggy Hochstädter, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Mo. 9.30-15, Di. 9.30-16.30, Mi 9.30-15, Do 9.30-14.30, Fr. 9-13.30, Mail: kreis.friedrichshain-kreuzberg@spd.de,

■ **Pankow**, Jens Peter Franke, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Montag 10-13 und 15-17, Dienstag n. Vereinb., Mittwoch 15-17 Uhr, E-Mail: pankow@spd-berlin.de

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 125a, 10585 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Di 15-17 Uhr, Mi und Do 10-12 Uhr, E-Mail: Isabel.Herrmann@spd.de

■ **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12-18 Uhr, Do 10-16 Uhr, Freitag 12-16 Uhr, E-Mail: Kreis.Spandau@spd.de

■ **Steglitz-Zehlendorf**, Mirjam Golm, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 9856, Mo, Mi, Do 10-13 Uhr, Fr 15 - 18 Uhr, E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de

■ **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinze-Berg, Hauptstr. 100, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, Mo 10-13 Uhr, Mi 11-14 Uhr, Fr 15-18 Uhr, E-Mail: Lena.Heinze @spd.de

■ **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14-18 Uhr, E-Mail: Yvonne.Opprower@spd.de

■ **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Dienstag 14-18 Uhr, Donnerstag 9-12 Uhr und 13-15 Uhr, Freitag 9-12 Uhr sowie nach Vereinbarung, E-Mail: treptow-koepenick@spd-berlin.de

■ **Marzahn-Hellersdorf**, Paul Kneffel, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Montag 10-14, Dienstag 14-18, Mittwoch u. Donnerstag 10-14 Uhr, E-Mail: Kreis.Marzahn-Hellersdorf@spd.de

■ **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Montag 15-18 Uhr, Donnerstag 10-14.30 Uhr, E-Mail: Andreas.Buechner@spd.de,

■ **Reinickendorf**, Petra Wolf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 411 70 36, Fax: 414 67 27, Montag 14-18 Uhr, Donnerstag 10-13 Uhr, Freitag 10-15 Uhr, E-Mail: kreis.reinickendorf @spd.de

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Leidenschaft für Fotografie

C/O Berlin: Gefeierte Ausstellungen und Workshops für Jugendliche

„Das ist unsere Leidenschaft“, sagt Stephan Erfurt über C/O Berlin. Als das FAZ-Magazin, für das er viele Jahre als Fotograf gearbeitet hatte, eingestellt wurde, gründete er im Jahr 2000 gemeinsam mit einem Designer und einem Architekten das Ausstellungshaus, das jetzt im Amerikahaus seinen Platz gefunden hat. Mit dieser Leidenschaft, die sich auf alle an diesem Projekt Beteiligten übertragen hat, ist C/O Berlin zu einer der wichtigsten Adressen für Fotografie in Deutschland geworden.

Die Idee war, Fotografie zu fördern, ohne sich dabei von eigenen finanziellen Interessen leiten zu lassen, so Stephan Erfurt. Ohne Hilfe und ohne öffentliche Förderung startete das Projekt in kleinen Räumen in Mitte, wuchs dann schnell in die Räume des ehemaligen Postfuhramts in der Oranienburger Straße hinein.

Annie Leibowitz wählte C/O Berlin für ihre Anfang 2006 gezeigte Ausstellung aus, es wurde ein grandioser Erfolg mit 1200 Besucherinnen und Besucher täglich und langen Schlangen vor dem Eingang. 2013 musste C/O das inzwischen verkaufte Postfuhramt verlassen. Es gelang sowohl die ausstellungslose Zeit zu überbrücken als auch einen grandiosen Neustart im umgebauten Amerikahaus mit einer 220 Meter langen Besucherschlange zu organisieren.

Zur derzeit laufenden Salgado-Ausstellung (siehe BS 10-2015) kommen täglich 900 Besucherinnen und Besucher, so Stephan Erfurt. Parallel sind aber auch wieder zwei kleinere Ausstellungen mit Arbeiten jüngerer Fotografen zu sehen: Marc Beckmann befasst sich jenseit der offiziellen Pressebilder mit der Inszenierung von Jahres- und Gedenktagen in den unterschiedlichsten Gesellschaften, Viktoria Binschotok nutzt Googles Aufnahmen von Straßensze-



Salgado-Ausstellung in der C/O Berlin. Foto: Horb

nen oder die Suchalgorithmen für eigene Fotoprojekte.

Seit 2013 ist eine Stiftung Trägerin des umfangreichen C/O-Angebots. Denn neben den Ausstellungen geht es immer auch darum, die Leidenschaft für Fotografie weiterzutragen. So arbeiten junge Fotografinnen und Fotografen auch mit Jugendlichen in Workshops. Die Angebote sind auf die jeweilige Gruppe zugeschnitten, ob im Kinder- und Jugendheim oder in der Willkommensklasse. So entwickelten Schülerinnen und Schüler der Heinz-Brandt-Schule in Weißensee gemeinsam mit der Willkommensklasse im März aus dem Thema „Heimat“ Ideen für Fotografieren und Collagen fest. Kinder und Jugendliche der Wohneinrichtung für geflüchtete Menschen Goerzallee unternahmen im April eine Fotosafari durch Zehlendorf zur Fragestellung: „Wo bin ich hier gelandet?“

Im Gespräch mit dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, das zu einem Rundgang durch die aktuellen Ausstellungen geladen hatte, betonte Stephan Erfurt die finanzielle Eigenständigkeit von C/O. Um die zu erhalten wünscht er sich einen Erbpachtvertrag für das Amerikahaus. Damit gäbe es mehr Sicherheit - auch für gemeinnützige Aufgaben. **uh** □

## KULTURTIPPS

**Young Euro Classic.** Im Mittelpunkt stehen vom 6. bis 23. August Jugendorchester, die bewusst die nationalen Grenzen überwinden, um gemeinsam Musik zu machen. Für die Eröffnung mit dem Young Philharmonic Orchestra Jerusalem-Weimar am 6. August hat sich der Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, angesagt. Das große Finale mit dem Young Euro Classic Friedensorchesters ist in diesem Jahr von besonderem politischem Gewicht: Frank-Walter Steinmeier unterstützt als Schirmherr diese Initiative des Festivals, in dem Nachwuchsmusiker aus Russland, Ukraine, Armenien und Deutschland Beethovens 9. Sinfonie zusammen aufführen.

➡ Young Euro Classic, 6. bis 23. August, Konzerthaus Berlin, Gendarmenmarkt, 10117 Berlin Ticketpreise 2015: 25 €, 22 € und 16 € zzgl. Vorverkaufsgebühr, Ticketbestellung telefonisch: Tel.: 030 - 8410 8909 Mo.-Fr. 9 - 22 Uhr, Sa. 10 - 20 Uhr

**Das Sommer-Open-Air-Festival „Wassermusik“.** Vom 17. Juli bis 8. August 2015 findet im Haus der Kulturen der Welt das Sommer-Open-Air-Festival „Wassermusik“ statt, das in diesem Jahr unter dem Motto „Mother India“ steht. Das Festival soll den Einfluss indischer Kultur deutlich machen. Asha Bhosle, die wohl berühmteste Bollywood-Sängerin überhaupt, gibt ihr erstes Deutschland-Konzert. Der Tabla-Elektroniker Talvin Singh und die Folklegende Mike Heron spielen speziell für die WASSERMUSIK erarbeitete Sets, die Konkani Goan All Stars kommen eigens für das Festival zusammen. Es gibt bengalischen Jazz aus London, Sitar trifft Steel Drums aus Trinidad, Singer-Songwriting, Sufi-Gesänge und Ghettotech.

➡ Wassermusik 2015, 17. Juli bis 08. August 2015, Haus der Kulturen der Welt, Abendticket je nach Termin 10/8 Euro bis 16/14 Euro. Tickets: an der Abendkasse